

vida

Zeitschrift für
Mitglieder der
Gewerkschaft vida

Mehr Infos, Tipps und Service finden Sie auf www.vida.at

Verkehr



ÖBB

ÖBB-Vorstand Peter Klugar kündigt **Einsparungen beim Personal** an. Für **Wilhelm Haberzettl** kommt das einer „Kriegserklärung“ gleich, mit der die Betriebsräte gut umzugehen wüssten.

Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe



FriseurInnen

Putzen statt lernen heißt es für viele Friseurlehrlinge. Fast die **Hälfte der Lehrlinge** wird jeden Tag zu Tätigkeiten eingeteilt, die nichts mit der Ausbildung zu tun haben, zeigt eine Umfrage.

Private Dienstleistungen



Tourismus

Die **Einkommen** der Beschäftigten im Tourismus liegen **ein Drittel unter dem Durchschnittslohn** in Österreich. Auch bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und den Aufstiegschancen bleibt viel zu tun.

Editorial

Steuerreform ist überfällig

vida-Vorsitzender
Rudolf Kaske



Trotz guter Lohnabschlüsse für das heurige Jahr kommen viele ArbeitnehmerInnen und ihre Familien kaum über die Runden. Die Teuerung treibt die Preise für das Allernötigste in die Höhe. Dazu kommt die hohe steuerliche Belastung der Lohneinkommen. Ganz anders stellt sich die Situation für die Vermögenden dar: Sie können sich über das Auslaufen der Erbschafts- und Schenkungssteuer freuen, ihre Vermögen sind steuerschonend in Stiftungen geparkt.

„Von der letzten Steuerreform haben in erster Linie die Unternehmen profitiert.“

Rudolf Kaske

Bescheiden bleiben. Diesen Ratschlag geben uns Vertreter von Wirtschaft und Industrie im Vorfeld der Lohnrunde wieder mit auf den Weg. Für sich selbst beanspruchen die Arbeitgeber dieses Motto nicht. Die Gewinne sind in den vergangenen fünf Jahren weit stärker gestiegen als die Löhne. Von der letzten Steuerreform haben in erster Linie die Unternehmen profitiert.

Wohlhabend. Österreich ist ein reiches Land. Wir verlangen für

die ArbeitnehmerInnen einen fairen Anteil am Wohlstand dieses Landes. Die kommende Lohnrunde muss dazu beitragen, den Reallohnverlust zu stoppen. Rasch handeln - so lautet auch unsere Aufforderung an die Politik. Neben kurzfristigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung braucht es dringend eine Steuerreform. Den ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen muss netto mehr zum Leben bleiben. ÖGB und AK haben gemeinsam ein Konzept für eine faire Steuerreform ausgearbeitet, das wir in dieser Zeitung vorstellen.

Bestimmen Sie mit! Angesichts der bevorstehenden Wahl legen nun auch die Parteien ihre Vorschläge für eine Steuerreform dar. Unser Tipp: Schauen Sie sich gut an, wer tatsächlich für die ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen eintritt und machen Sie am 28. September von Ihrem Stimmrecht Gebrauch. Denn wer wählt, bestimmt auch mit, ob und in welchem Ausmaß die Ungerechtigkeiten in unserem Steuersystem beseitigt werden.

Alles wird teurer. Heimhilfe Irene Rosenberger hat ihre Arbeitszeit aufgestockt, um mit dem Lohn auszukommen. **Seite 5**



Foto: Alexandra Kromus

Netto muss mehr Geld rausschaun

Einkommen aus Arbeit sind hoch besteuert, Vermögen so gut wie steuerfrei. Wie kann die Politik für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgen? Lesen Sie mehr zu den Gestaltungsmöglichkeiten in Österreich und EU-weit auf **Seite 3**.

Lohnsteuer senken. Schon lange, bevor der Wahlkampf ausgerufen wurde, haben ÖGB und AK gemeinsam ein Konzept für eine faire Steuerreform ausgearbeitet. Entlastet werden sollen vor allem Men-

schen mit kleinen und mittleren Einkommen. Lesen Sie auf Seite 4, wie eine teilzeitbeschäftigte Heimhilfe vom Steuermodell der Gewerkschaft profitieren würde. Was für ÖBB-Lehrling Dominik und für Gastgewerbe-Lehrling Wiebke bei einer Steuerreform nach den Plänen der Gewerkschaft rausschaut, verraten wir auf **Seite 5**.

Halbe-Halbe. Nicht nur bei der Aufteilung von Kinderbetreuung und Hausarbeit, auch beim Einkommen sind wir von

einer fairen Verteilung zwischen Frauen und Männern weit entfernt. Auf den **Seiten 2 und 6** beleuchten wir, welche Maßnahmen zum Schließen der Einkommensschere nötig sind.

Verantwortungslos. Finanzfonds diktieren immer häufiger die Unternehmenspolitik von Großbetrieben. Sie zielen meist nur auf kurzfristigen Gewinn ab, das Wohl der Beschäftigten und die Sicherung der Arbeitsplätze kümmert sie nicht. Mehr dazu auf **Seite 7**.



Service und Information

vida.at präsentiert sich in neuem Outfit. Das Internetportal ist nun übersichtlicher gegliedert. Mit dem „Berufskompass“ gelangen auch „Neulinge“ auf vida.at gleich zu ihren richtigen **AnsprechpartnerInnen**.

Am besten gleich selbst ausprobieren. Mehr dazu lesen Sie auf **Seite 8**.

vida veranstaltet im Herbst in Wien wieder kostengünstige **EDV-EinsteigerInnenkurse** für Mitglieder. Die Details dazu finden Sie auf **Seite 8**.

Wer **viel verweist, sollte möglichst „sprachfit“** sein, um sich in fremden Ländern verständigen zu können. Auch für unser **Gewinnspiel** sind diesmal Englischkenntnisse gefragt. Mehr dazu auf **Seite 16**.

„Von Halbe-Halbe noch **weit entfernt**“

Vida: Dass die Löhne in den vergangenen Jahren weniger gestiegen sind als die Gewinne, ist das eine Problem. Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen ist die zweite Ungerechtigkeit. Wie lässt sich die Einkommensschere schließen?

E. Vondrasek: Bei den Niedrigsteinkommen für Vollzeitbeschäftigte ist die Sozialpartnereinigung zu 1.000 Euro Mindestlohn ein Schritt in die richtige Richtung. Da erwarten wir, dass auch die Nachzügler, die es gibt – konkret die Arbeitgeber bei den FriseurInnen sowie bei den KosmetikerInnen und FußpflegerInnen – bei den kommenden Kollektivvertragsverhandlungen das Abkommen umsetzen. Als nächstes steht für uns die flächendeckende Erreichung von 1.100 Euro Mindestlohn auf dem Programm.

vida: Das gilt für Vollzeit. Immer mehr Frauen arbeiten aber Teilzeit. Laut Statistik Austria trifft das bereits auf 41 Prozent zu, konkret sind das 935.000 Frauen.

U. Legner: In einigen Branchen hat der Teilzeitzuschlag bei

Mehrarbeit, der mit Jahresanfang eingeführt wurde, zu einer besseren Entlohnung geführt. Leider gibt es auch Bereiche wie den Reinigungssektor, wo der Zuschlag bislang kaum ausbezahlt wurde. Wir werden das im Detail analysieren. Klar ist, dass es flächendeckend gute und leistbare Kinderbetreuung braucht, damit Beruf und Familie besser vereinbar sind. Nötig ist auch ein Umdenken: Nicht nur die Frauen, auch die Männer sind für ihre Kinder zuständig. Von Halbe-Halbe sind wir in der Realität leider noch weit entfernt.

vida: Auch fernab von Teilzeitarbeit stellt die Statistik Austria regelmäßig eine Einkommensbenachteiligung der Frauen fest.

E. Vondrasek: Ich bin dafür, dass die Löhne und Gehälter im Betrieb offen gelegt werden sollten, auch wenn das ein Tabubruch ist. Wenn man weiß, was die anderen verdienen, lässt sich leichter erkennen, ob eine Diskriminierung besteht oder nicht. Bei der Einstufung passiert oft eine Benachteiligung der Frauen im Betrieb.

Zusätzlich müssen wir die Kollektivverträge auf Diskriminierungen durchleuchten.

U. Legner: Wichtig ist auch die Berufswahl. 50 Prozent der jungen Mädchen beginnt eine Lehre als Bürokauffrau, FriseurIn oder im Handel anstatt die Ausbildung in einem besser bezahlten nicht so überlaufenen Beruf zu wagen.

vida: Wie kann eine Steuerreform dazu beitragen, die Einkommensschere zu verringern?

E. Vondrasek: Durch die stärkere Entlastung der BezieherInnen niedriger Einkommen. Wir fordern dazu die Anhebung der Negativsteuer von derzeit 110 auf 450 Euro jährlich. Zusätzlich ist in unserem Modell ein Steuerbonus von 600 Euro pro Kind und Jahr vorgesehen. Der Bonus soll bezahlt werden, wenn Betreuungskosten für ein Kind bis 12 anfallen. Das erleichtert Frauen mit Kindern die Berufstätigkeit und entlastet sie auch finanziell.

martina.fassler@vida.at

Was tun, um die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern zu schließen? vida hat Frauenvorsitzende Elisabeth Vondrasek und Frauensekretärin Ulrike Legner dazu befragt.



vida-Frauenvorsitzende Elisabeth Vondrasek (links im Bild) und Frauensekretärin Ulrike Legner.

Arbeitslosenversicherung

Entlastung für GeringverdienerInnen

Die Streichung bzw. Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags bringt eine erste Entlastung. Doch nicht alle Menschen mit geringem Einkommen profitieren davon.



Ihm bringt die Entlastung nichts. Denn Lehrlinge haben schon bisher – bis auf das letzte Lehrjahr – keine Arbeitslosenversicherungsbeiträge gezahlt.

Zur Abfederung der Teuerung wurde von der Regierung die Streichung bzw. Reduzierung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages für ArbeitnehmerInnen mit geringem Einkommen beschlossen. Die Maßnahme ist seit 1. Juli 2008 in Kraft, begünstigt davon sind ArbeitnehmerInnen mit einem Einkommen bis zu 1.350 Euro.

Eine Million Menschen entlastet. Die Beitragsbefreiung bzw. -senkung für BezieherInnen niedriger Einkommen dient der Steigerung der Inlandsnachfrage und damit der Konjunkturstabilisierung. Sie kommt einer Million Beschäftigten zu Gute. Dadurch erhö-

hen sich für die Betroffenen die Nettolöhne. An der Berechnungsart und der Höhe des Arbeitslosengeldes ändert sich dadurch nichts.

Die Neuregelung. Bei Bruttoeinkommen bis 1.100 Euro fällt der Arbeitslosenversicherungsbeitrag für den/die ArbeitnehmerIn völlig weg. Bei einem Einkommen zwischen 1.101 und 1.200 Euro sinkt der Arbeitslosenversicherungsbeitrag von bisher 3 auf 1 Prozent. Für BezieherInnen von Einkommen zwischen 1.201 und 1.350 Euro wurde der Beitrag von 3 auf 2 Prozent reduziert. Bei einem Bruttoeinkommen über 1.350 Euro wird weiterhin der „normale“ Arbeitslosenversicherungsbeitragssatz für Versicherte von 3 Prozent einbehalten. Die höchstmögliche Entlastung gibt es bei einem Einkommen von 1.100 Euro. Die Entlastung liegt in diesem Fall bei 33 Euro im Monat.

Berechnung. Die Neuregelung gilt auch für freie DienstnehmerInnen. Der ArbeitgeberInnen-Anteil des Arbeitslosenversicherungsbeitrages bleibt unverändert bei 3 Prozent. Für die Beurteilung, ob bzw. in welcher Höhe der Versichertenanteil am Arbeitslosenversicherungsbeitrag entfällt, sind das „laufende“ Entgelt sowie die Sonderzahlungen (wie Urlaubszuschuss, Weihnachtsremuneration) im jeweiligen Beitragszeitraum zu betrachten. Dadurch kann für Monate, in de-

nen Sonderzahlungen anfallen, auch bei GeringverdienerInnen die Zahlung eines (höheren) Arbeitslosenversicherungsbeitrags fällig werden. Die Höhe des Arbeitslosenversicherungsbeitrages kann daher von Monat zu Monat variieren. Eine Zusammenrechnung der monatlichen Beitragsgrundlagen aus mehreren Versicherungsverhältnissen erfolgt nicht. Dies bedeutet, dass jedes Versicherungsverhältnis hinsichtlich des Entfalls bzw. der Verringerung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages einzeln zu behandeln ist.

Wer nicht profitiert. Ältere ArbeitnehmerInnen und der Großteil der Lehrlinge profitieren von der Maßnahme nicht, da sie schon bisher keinen Beitrag in die Arbeitslosenversicherung gezahlt haben. Auch PensionistInnen und Arbeitslose mit niedrigem Einkommen haben nichts davon. Die Gewerkschaft vida fordert, dass auch diese Bevölkerungsgruppen durch eine Steuerreform entlastet werden.

gertrude.oelmack@vida.at

Wenn Sie Fragen zur Arbeitslosenversicherung haben, wenden Sie sich bitte an Ihren Betriebsrat oder an das **vida-Rechtsreferat** Margaretenstraße 166 1050 Wien E-Mail: recht@vida.at



Wie kann die Politik – in Österreich und EU-weit – für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgen? vida hat zwei Expertinnen dazu befragt.

Steuerreform ab 2009 umsetzen



Foto: zVg

Helene Schubert

ist Wirtschaftswissenschaftlerin und arbeitet derzeit im Bundeskanzleramt

Den Reichen dieses Landes fehlt es an Stolz: sie sammeln ungeniert Almosen, sei es in Form von Steuergeschenken in Millionenhöhe, wenn sie steuerfrei große Erbschaften und Schenkungen entgegen nehmen, ihre Vermögen in Stiftungen parken, den Wertzuwachs ihrer Aktienpakete beim Verkauf steuerfrei in die Tasche stecken, oder wenn sie als Top-Manager einen Grenzabgabensatz (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) zahlen, der weit unter dem einer Handelsangestellten oder eines Hilfsarbeiters liegt. Und sie jammern dennoch unentwegt. Tatsächlich hat unser Steuer- und Abgabensystem kaum einen umverteilenden Effekt, Umverteilung wird hauptsächlich über Sozialleistungen erzielt. Ab einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1.130 Euro steigt der Grenzabgabensatz abrupt auf bis zu 50 Prozent um dann ab etwa 4.000 Euro sukzessive auf unter 45 Prozent abzusinken.

Ungleichheit gestiegen. Österreich ist das viertreichste Land der EU, aber auch jenes Land, in dem die Lohnquote, der Anteil von Einkommen aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen, seit 1980 weit stärker als im EU-Schnitt gesunken ist. Gleichzeitig steigt die Anzahl der Dollarmilliönäre dramatisch – 2007 waren es schon über 77.000 – ebenso das Prekariat. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen hat einen unerträglichen Grad an Ungleichheit erreicht, der einen radikalen Umbau des Steuer- und Abgabensystems

erfordert. Gerechte Verteilung ist eine Frage des politischen Willens, fördert den Wirtschaftsstandort und hilft der Konjunktur, die nun einzubrechen droht.

Reform 2009 beginnen. Die Steuerreform sollte in zwei Schritten erfolgen: Mit Wirksamkeit 2009 sollten vor allem die Tarife im mittleren Einkommensbereich zur Entlastung des Mittelstands stark abgesenkt werden, indem der Eingangsteuersatz von derzeit 38 Prozent auf 33 Prozent reduziert wird. Die per Juli 2008 erfolgte Aufhebung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für Geringverdiener war zwar ein bedeutender Schritt mit einer Entlastung von bis zu 420 Euro jährlich, aber angesichts der Teuerung und der Tatsache, dass nicht alle kleinen Einkommen damit erreicht werden konnten, wäre zusätzlich die Negativsteuer für die kleinen Einkommen anzuheben. Zur Finanzierung des Gesundheitssystems sollte noch 2009 die Vermögenszuwachssteuer eingeführt werden. Auch mit einem äußerst geringen Steuersatz auf Finanztransaktionen könnten zur teilweisen Gegenfinanzierung der Steuerentlastung hohe Steuereinnahmen lukriert werden. 2010 wäre dann eine große Strukturreform des Steuersystems notwendig: eine Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Sozialleistungen und der Ausbau vermögensabhängiger Steuern.

Gegensteuern



Foto: Paul Sturm/OGB-Verlag

Petra Ziegler

ist Vorstandsmitglied bei Attac Österreich

Die privaten Vermögen in Europa wachsen rasant und konzentrieren sich in den Händen weniger. In Österreich und Deutschland verfügen jeweils knapp zehn Prozent der Bevölkerung über zwei Drittel des Gesamtvermögens. Dank Rekordgewinnen dürfen sich AktionärInnen über so hohe Dividenden wie noch nie freuen. Der Großteil der ArbeitnehmerInnen geht dagegen leer aus. Die Reallöhne – Spitzengagen ausgenommen – sinken, seit Mitte der Neunziger öffnet sich die Einkommensschere. Parallel steigt überall die Zahl der von Armut bedrohten, laut jüngstem Sozialbericht der EU-Kommission auf 100 Millionen Menschen derzeit.

Steuerdumping. Seit durch die Liberalisierung des Kapitalverkehrs die Freiheit (des Kapitals) tatsächlich grenzenlos ist, verschieben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zusehends. Die Profiteure der Globalisierung leisten einen nur noch verschwindenden Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Gewinne werden immer seltener real investiert, sondern dort angelegt, wo die höchsten Renditen winken. Die Drohung mit Arbeitsplatzverlagerung setzt ArbeitnehmerInnen zusätzlich unter Druck. Als Folge sinkt der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt kontinuierlich. Bei den Unternehmenssteuern tobt ein europaweiter Dumpingwettbewerb. Seit 1995 ist der durchschnittliche Körperschaftsteuersatz um rund 12 Prozentpunkte gesunken. Alleine 2008 haben sieben Mitgliedstaaten, darunter Deutschland

und Italien, ihre Steuersätze weiter reduziert.

Arbeit zu hoch belastet. Die Steuerlast verschiebt sich zunehmend auf KonsumentInnen und ArbeitnehmerInnen. Seit 2001 steigen europaweit die Steuern auf Konsum. Einkommen aus Kapital werden im gesamten EU-Raum deutlich geringer belastet als Arbeitseinkommen. In Österreich ist die Situation besonders krass. Wer sein Geld für sich arbeiten lassen kann, wird vom Fiskus belohnt. Zinsen und Dividenden sind maximal halb so hoch besteuert wie Arbeitseinkommen, Aktien-Spekulationsgewinne nach einem Jahr Haltefrist gänzlich steuerfrei. Nirgendwo sonst in der EU tragen Vermögende so minimal zum Gesamtsteueraufkommen bei. Die Abschaffung von Erbschafts- und Schenkungssteuer verstärkt dieses Missverhältnis.

Vermögen besteuern. Um ein weiteres Auseinanderdriften von Arm und Reich zu bremsen, müssen Konzerngewinne, Vermögen und Kapitaleinkommen einen fairen Beitrag leisten, Arbeit muss entlastet werden. Attac fordert ein Ende des Steuerdumpings innerhalb der EU und das Aus für Steueroasen. In Österreich: Eine Vermögenssteuer für die reichsten zehn Prozent, die mit der Höhe des Vermögens steigt, und steuerliche Gleichstellung von Kapital- und Arbeitseinkommen.

vida Standpunkt

Nicht länger reden, handeln!

Obwohl Österreich ein reiches Land ist, bleibt den ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen immer weniger Geld im Börsel. Gute Lohnabschlüsse werden durch die kalte Progression aufgeessen – also dem automatischen Reinrutschen in höhere Steuerstufen bei Anstieg des Einkommens. Dazu kommt die hohe Teuerung. Im Herbst droht auch noch eine starke Erhöhung der Mieten bei den Kategoriemietwohnungen, sofern die ÖVP nicht einlenkt.

Soforthilfe. Am stärksten leiden die Menschen mit geringem Einkommen an der Teuerung. Wenn Wohnen, Essen und Heizen oder die nötige Kleidung für die Kinder unerschwinglich werden, kann die Politik nicht länger zuschauen. Eine Erhöhung der Sozialleistungen ist nötig. Dazu gehören die Erhöhung des Pflegegeldes und die Einführung einer 13. Familienbeihilfe, die voraussichtlich noch vor den Wahlen beschlossen werden. Nötig sind auch die Anhebung der Ausgleichszulage für die MindestrentnerInnen und die Erhöhung der Mietbeihilfen, ebenso die Anhebung der Leistungen bei Arbeitslosigkeit. Sinnvoll ist auch der Vorschlag, die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel von zehn auf fünf Prozent zu senken.

Nachhaltig entlasten. Zusätzlich müssen Einkommen aus Arbeit entlastet werden, Vermögende müssen einen gerechten Anteil zum Steueraufkommen leisten. vida fordert dazu eine Steuerreform schon 2009. ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen sollen um insgesamt 3,5 Milliarden Euro entlastet werden. Für Menschen mit besonders geringem Einkommen soll der Steuerbonus, die „Negativsteuer“, von derzeit 150 Euro auf 450 Euro im Jahr erhöht werden. Familien sollen von einem Kinderbetreuungsbonus in Höhe von 600 Euro pro Kind profitieren. Durch die Senkung des Steuersatzes bleibt allen Lohnsteuerzahlern netto mehr Geld, besonders aber jenen mit kleinen und mittleren Einkommen. Weil die Steuerstufen nach unserem Plan jährlich an die Teuerung angepasst werden, entlastet die Reform nachhaltig.

Ist das leistbar? Selbst gemäßigte Steuer-ExpertInnen und manche Unternehmer bzw. Top-Manager fordern ein Ende der ungenierten Bevorzugung der Reichen zugunsten eines fairen Steuersystems. vida fordert dafür die Einführung einer Vermögenszuwachssteuer, eine gerechtere Besteuerung von Privatstiftungen sowie das Schließen von Steuerlücken bei der Unternehmens- und Kapitalbesteuerung.

Rudolf Kaske
vida-Vorsitzender

Pflege

„Arbeite gern mit alten Leuten“

Alle Fotos: Alexandra Kromus

Irene Rosenberger betreut Menschen, die nicht mehr allein für sich sorgen können. Sie hat ihre Arbeitszeit aufgestockt, um mit dem Lohn auszukommen.

11 Uhr Vormittag. Irene Rosenberger steigt heute schon zum zweiten Mal die Stufen zur Wohnung von Frau Hauer in den 2. Stock hinauf. Aus der kleinen Küche-Kabinett Wohnung des Zinshauses im 8. Bezirk in Wien dringt ein unangenehmer Geruch, als sie die Tür öffnet. Frau Hauer* ist Mitte 80, pflegebedürftig und an Demenz leidend. Seit mehr als drei Jahren gehört sie zu den KlientInnen, die von der Heimhilfe Irene Rosenberger betreut werden. Mit einem resoluten „Da bin ich wieder!“ eilt sie ans Bett der betagten Frau, um gemeinsam mit dem Pflegehelfer die Körperpflege zu beginnen, die dreimal täglich notwendig ist. 30 Minuten später isst Frau Hauer bereits die Spaghetti, die ihr „ihre“ Heimhilfe aufgewärmt und ans Bett gebracht hat und verlangt energisch, dass der Fernseher aufgedreht wird.

Früh- und Abenddienste. „Manchmal komm ich dreimal am Tag zu Frau Hauer, aber heute hab ich keine Abendeinsätze“, erzählt Frau Rosenberger. Seit 18 Jahren arbeitet sie als Heimhilfe, seit sieben Jahren als Mitarbeiterin der Caritas Socialis Betreuung zu Hause GmbH. Eine Tante, die selbst in dieser Branche arbeitete, habe sie dazu gebracht, sich für die Tätigkeit der Heimhilfe zu interessieren. „Meine beiden Kinder waren damals noch klein, ich hab einen Teilzeitjob gesucht. Jetzt bin ich schon so lange dabei, weil ich gern mit alten Menschen zusammen bin“, erzählt die 48-Jährige. Auch das selbstständige Arbeiten schätzt sie an ihrem Job. Und was weniger? „Abendeinsätze, bei denen pro KlientIn nur 15 Minuten Zeit vorgesehen ist.“

Zu wenig Zeit. Vor allem bei Ersteinsätzen, wo man den Klienten oder die Klientin erst

einmal kennenlernen muss, seien 15 Minuten viel zu wenig Zeit, erzählt Rosenberger. „Erst gestern ist es mir so ergangen“, berichtet die Heimhilfe. Auch die geteilten Dienste, in denen zwischen Früheinsatz und Abenddienst am Nachmittag ein Loch klafft, sind beschwerlich. „Die geteilten Dienste sollten nicht derart überhand nehmen. Für die Frauen mit Familie ist es wahnsinnig belastend, wenn sie nach dem Morgeneinsatz am Abend wieder raus müssen“, pflichtet ihr Renate Donhofer, Konzernbetriebsratsvorsitzende bei der Caritas Socialis, bei. Eine Umorganisation in ein Schichtmodell mit je drei Früh- und einer Spätschicht pro Monat müsste machbar sein, ist Donhofer überzeugt. „In der Früh ist die Körperpflege der KlientInnen wichtiger als Besen schwingen. Die Haushaltstätigkeiten und das Erledigen der Einkäufe könnten auch nachmittags erledigt werden, dann würde die Spitze bei den Morgeneinsätzen und die künstlichen Pausen an den Nachmittagen weit geringer sein.“ Noch kritischer sieht die Betriebsrätin die 15-minütigen Kurzeinsätze bei den Abenddiensten. „Wir betreuen Menschen und keine Dinge. Da muss mehr Zeit pro

KlientIn zur Verfügung sein“, lautet ihr Kommentar.

Lohn exekutiert. Die Teuerung trifft Teilzeitbeschäftigte – und im Heimhilfenbereich gibt es kaum etwas anderes – besonders stark. „Viele unserer Heimhilfen sind Alleinerzieherinnen. Erst vergangene Woche gab es wieder eine Lohnexekution bei einer Kollegin, die alleinerziehend ist und zwei Kinder hat“, berichtet Donhofer. Verwundert ist sie darüber nicht: „Unser Lohnabschluss für heuer lag bei drei Prozent, die Preise für die Lebensmittel haben dagegen um 30 Prozent und mehr angezogen.“ Damit den Beschäftigten dauerhaft mehr Geld im Börsel bleibt, ist sie für eine Senkung

der Lohnsteuer „besser heute als morgen“. Auch Irene Rosenberger spürt die Teuerung. „Auf die Preise muss man schon ständig schauen, um auszukommen“, meint sie und ist froh, dass sie in einer Partnerschaft lebt und so für Miete, Gas und Strom nicht allein aufkommen muss. Ihr individuelles Rezept um über die Runden zu kommen: „Ich konnte dank der Zustimmung des Betriebs meine Arbeitszeit um fünf Stunden die Woche auf jetzt 32,5 Stunden erhöhen. Dass uns ArbeitnehmerInnen netto mehr bleibt, dafür braucht es trotzdem rasch eine Steuerreform.“

martina.fassler@vida.at

* Name von der Redaktion geändert.

Wie Irene Rosenberger durch das ÖGB-/AK Steuermodell profitiert

Rund 1400 Euro brutto verdient die langjährige Heimhilfe inklusive Sonn- und Feiertagszuschläge im Monat. Derzeit ergibt das 1060 Euro netto, nach dem ÖGB-AK-Steuertarif bekommt Frau Rosenberger um 47,87 Euro pro Monat oder 574,44 Euro pro Jahr netto mehr raus.

Rechnen Sie selbst aus, wie Sie durch das ÖGB/AK-Steuermodell profitieren unter <http://akbruttonetto.akwien.at>

Das ÖGB/AK-Steuerkonzept im Detail finden Sie unter www.vida.at



Bis zu dreimal am Tag kommt Irene Rosenberger zu ihren KlientInnen.



Was im Kühlschrank fehlt, wird nachgekauft.



Mittags wärmt die Heimhilfe das Essen - diesmal gibt's Spaghetti.



Wäsche waschen - auch das erledigt die Heimhilfe.



Alles fertig? Dann geht es auf zum nächsten Klienten.

vida Info



Die Beschäftigten in den mobilen Betreuungsberufen werden in der Gewerkschaft vida von der Bundesfachgruppe Soziale Dienste betreut.

Ihre Ansprechpartnerin für Fragen rund um die Ausbildung, Entlohnung und sonstige Rahmenbedingungen ist Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger.

Kontakt:

Tel: 01/54641-420

E-Mail: michaela.guglberger@vida.at



Auskommen mit dem Einkommen

Foto: Alexandra Kromus

Für viele Lehrlinge beginnt mit September ein neues Ausbildungsjahr und damit ein neuer Lebensabschnitt.

Praktische Erfahrungen sammeln, sich spezialisieren, die eigenen Fähigkeiten ausbauen. Sich in einem neuen Umfeld behaupten, im Lehrbetrieb und in der Berufsschule, auf eigenen Beinen stehen. Klingt irgendwie aufregend, auch anstrengend, aber auf jeden Fall spannend.

Lehrjahre sind keine Herrenjahre. Was der Volksmund sagt, stimmt für viele Lehrlinge. Eine erst im August veröffentlichte Studie der Arbeiterkammer Niederösterreich (AKNÖ) ortete ein hohes Ausmaß an verbotenen Überstunden. Überwiegend zufrieden hätten sich die befragten Jugendlichen über die Qualität ihrer Ausbildung gezeigt. Ausstattung der Betriebe, fachliche Qualifikation der Ausbilder und praxisnahe Ausbildung weisen laut AKNÖ mehrheitlich eine gute Beurteilung auf. Vielen Lehrlingen fehle jedoch eine Person im Betrieb, an die sie sich bei Problemen wenden können, so die AKNÖ.

Rechte. Um die Probleme der Jugendlichen kümmert sich in der vida Jugendsekretär Henri Schreiber, er ist Ansprechpartner für die verschiedensten Anliegen der Lehrlinge. „Natürlich ist man in der Ausbildung abhängig von seinem Ausbildungsbetrieb und muss Anweisungen in der Regel befolgen. Aber schließlich haben auch Lehrlinge und junge ArbeitnehmerInnen Rechte, die eingehalten werden müssen und auf die man sich berufen kann – mit unserer Unterstüt-

zung.“ Dass dazu viel Mut gehört, weiß er. Aber nur so lassen sich Probleme wirklich bewältigen, so Schreiber. „Gute Partner für Probleme in der Ausbildung sind unsere JugendvertrauensrätInnen. Vereint handeln und Erfolge erzielen stärkt in jedem Fall die eigene Position und macht Mut. Eigenschaften, die einen nicht nur im Berufsleben weiterbringen.“

Auf eigenen Beinen. Eine seiner „Schützlinge“ ist Wiebke Gilat. Sie absolviert gerade eine Ausbildung zur Hotel- und Gastgewerbeassistentin im Wiener Hotel Sacher. Die gebürtige Deutsche ist im dritten Lehrjahr und verdient 678 Euro brutto. Mit dem Geld, das sie verdient, kommt die 21-Jährige mehr schlecht als recht über die Runden. Ihr Verdienst deckt gerade die Miete für ihre kleine Wohnung und die Ausgaben für Lebensmittel ab. „Aber ohne Unterstützung meiner Eltern, die mir regelmäßig etwas schicken, ginge es sich nicht aus“, gesteht die 21-Jährige ein. Trotzdem ist das Gastgewerbe ihr Traumberuf, etwas, das sie schon immer machen wollte. Wiebke Gilat findet, dass jungen Menschen in dieser Branche „tausend Möglichkeiten offen stehen“, solange man unabhängig ist und sich nicht um eine Familie kümmern muss. „Ein Familienleben zu führen und im Gastgewerbe tätig zu sein, das bringt man kaum bis gar nicht unter einen Hut“, ist sich Wiebke ziemlich sicher.

Praxisorientiert. Etwa im Halbjahresschritt durchläuft

Wiebke Gilat lernt im Hotel Sacher, Dominik Grassinger ist Lehrling bei den ÖBB.

Wiebke die verschiedenen Stationen des Betriebes, vom Housekeeping über das Service und Dienst im Büro bzw. in der Telefonzentrale, zurzeit ist sie gerade an der Rezeption eingeteilt. Von der vorgesehenen Breite der Aufgaben könne sie sehr gut profitieren, erzählt sie. Für Wiebke ist aber auch klar, dass sie nicht bei dieser Ausbildung stehen bleibt. Sie plant, sich nach Abschluss ihrer Ausbildung im nächsten Jahr um einen Auslandsjob zu bewerben und hofft, dass sie so ihr persönliches Spektrum erweitern kann: „Ich möchte auf jeden Fall noch meine Fremdsprachenkenntnisse verbessern, die sind enorm wichtig in der Branche.“

Keine großen Sprünge. Dominik Grassinger ist ÖBB-Lehrling, er erlernt in St. Pölten den Beruf des Elektroanlagentechnikers. „Die Ausstattung des Betriebs, die fachliche Qualifikation der Ausbilder und praxisnahe Ausbildung sind in Ordnung“, zeigt sich der Lehrling über die Qualität seiner Ausbildung bei den ÖBB zufrieden. Große Sprünge kann der angehende Elektromonteur aus Böheimkirchen mit seinem Salär aber ebenfalls nicht machen. Im ersten Jahr sind es gerade einmal 370 Euro, mittlerweile ist der Bursch im dritten Lehrjahr und verdient knapp 855 Euro. Da der 18-Jährige noch im Elternhaus lebt, halten sich seine finanziellen Belastungen aber in Grenzen. Jene der Eltern aber wohl kaum.

Bares Geld für Lehrlinge. Die Steuerreform, so wie die Gewerkschaft und die AK sie verlangen, sieht eine wichtige Verbesserung für GeringverdienerInnen vor. Davon profitieren würden auch viele Lehrlinge. Derzeit erhalten Personen mit einem kleinen Einkommen auf Antrag

beim Finanzamt eine Steuergutschrift ausbezahlt, die so genannte „Negativsteuer“. Lehrlinge, die ja in den ersten Lehrjahren aufgrund des niedrigen Einkommens keine Lohnsteuer zahlen, können sich von ihrem Wohnsitzfinanzamt über den Weg der Arbeitnehmerveranlagung auf diese Weise maximal 110 Euro Negativsteuer pro Jahr zurückholen. Zurückerstattet werden zehn Prozent der einbezahlten Sozialversicherungssumme eines Arbeitsjahres. Damit auch Menschen mit ganz kleinen Einkommen eine deutliche Entlastung spüren, fordern ÖGB und AK eine Erhöhung dieses Steuerbonus für GeringverdienerInnen auf 450 Euro jährlich. Die Deckelung mit derzeit 10 Prozent der Sozialversicherungsbeiträge soll bei ArbeitnehmerInnen auf 30 Prozent erhöht werden, sodass mehr Menschen das Maximum der Steuergutschrift von 450 Euro erhalten. Auch Wiebke und Dominik würden bei Umsetzung des Steuerreformkonzepts davon profitieren. Der Steuerbonus soll nach den Vorstellungen von ÖGB und AK auch auf PensionistInnen mit geringem Einkommen ausgeweitet werden, wobei die Steuergutschrift hier bis zu 50 Prozent der bezahlten Sozialversicherung betragen soll. Insgesamt würden vom Steuerbonus für NiedrigeinkommensbezieherInnen rund 2,5 Mio. ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen profitieren.

sylvia.tatra@vida.at

Webtipps

www.vidajugend.at

www.oegj.at

<http://noe.arbeiterkammer.at>

Steuerreform

Die Eckpunkte des ÖGB-Modells

Das ÖGB/AK-Steuersenkungsmodell enthält eine umfassende Entlastung für kleine und mittlere Einkommen.

- Entlastung im Ausmaß von 3,5 Milliarden Euro durch die Senkung des Steuertarifs. Entlastet werden alle Lohnsteuer zahlenden ArbeitnehmerInnen. 1,8 Millionen bekommen eine Entlastung um mehr als 3 Prozent (Einkommen zwischen 1.200 und 3.400 brutto).
- Auch die PensionistInnen profitieren vom niedrigeren Steuertarif.
- Steuerbonus für GeringverdienerInnen in Form einer erhöhten Negativsteuer. Die Steuergutschrift, für jene, die so wenig verdienen, dass sie keine Lohnsteuer zahlen, soll von 110 Euro im Jahr auf 450 Euro angehoben werden. NEU: Diese Steuergutschrift soll auch für PensionistInnen mit geringem Einkommen gelten.
- Eine jährliche Anpassung des Steuertarifs an die Teuerung, damit den ArbeitnehmerInnen die Lohnerhöhung nicht durch das automatische Vorrutschen in eine höhere Steuerklasse weg gefressen wird.
- Anhebung des amtlichen Kilometergeldes auf 45 Cent pro km.
- Deutliche Aufstockung und Umgestaltung der Pendlerpauschale. Alle PendlerInnen sollen denselben Betrag für eine bestimmte Wegstrecke bekommen, unabhängig vom Einkommen. Bei überwiegender Benutzung der Öffis soll zudem der große Pendlerabsatzbetrag zustehen.
- Ein Kinderbetreuungsbonus von jährlich 600 Euro pro Kind. Anspruch darauf sollen alle Eltern haben, die ihr/e Kinder bis 12 Jahre in professionellen Kinderbetreuungseinrichtungen unterbringen. Der Bonus wird durch die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe finanziert.
- Einführung der Vermögenszuwachssteuer, Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, gerechte Besteuerung von Privatstiftungen.

Warum Steuerpolitik Frauenpolitik ist

Frauen

Frauen und Männer zahlen beide Steuern und Abgaben. Es gibt keine Steuer die einen Vor- oder Nachteil aufgrund des Geschlechts erlaubt und trotzdem sind Frauen im derzeitigen Steuer- und Abgabensystem benachteiligt.

Vermögende bevorzugt. Unser derzeitiges Steuer- und Abgabensystem besteuert Einkommen viel stärker als Vermögen. Zusätzlich sind aufgrund von Höchstbeitragsgrenzen und Unterschieden beim tatsächlich verfügbaren Einkommen NiedrigverdienerInnen benachteiligt. Im Folgenden zwei Beispiele dazu.

Die Sozialversicherung. Der Sozialversicherungsbeitrag ist ab rund 4.500 Euro nicht mehr progressiv gestaltet. Das heißt, Menschen die 10.000 Euro im Monat verdienen, zahlen genauso viel wie jemand der 4.600 Euro verdient. Dem Spitzenverdiener bleibt daher mehr übrig.

Die Mehrwertsteuer. Menschen mit niedrigerem Einkommen leiden mehr unter der Mehrwertsteuer, da sie den Großteil

ihres Nettoeinkommens für den Einkauf von Lebensmitteln und andere Gütern des täglichen Bedarfs verbrauchen müssen. Menschen mit höherem Einkommen müssen nur einen kleinen Bruchteil ihres Einkommens für lebensnotwendige Güter ausgeben. Über den verbleibenden Rest können sie frei verfügen. Wenn einer Arbeitnehmerin im Monat 500 Euro verbleiben, die sie dann für Lebensmittel bezahlt, zahlt sie rund 50 Euro Mehrwertsteuer, denn die Mehrwertsteuer für Lebensmittel beträgt 10 Prozent. Wenn einem Spitzenverdiener im Monat 2.000 Euro verbleiben und er sich dann entscheidet um 1.000 Euro einzukaufen zu gehen und 1.000 Euro zu sparen, dann gibt er zwar mehr aus und zahlt daher auch mehr Mehrwertsteuer (100 Euro). Der Anteil der Mehrwertsteuer an seinem Nettoeinkommen ist aber trotzdem geringer. Der Spitzenverdiener zahlt von den 2.000 Euro seines Nettoeinkommens 5 Prozent Mehrwertsteuer, die Arbeiterin hingegen 10 Prozent. Aus diesem Grund benachteiligt auch die Mehrwertsteuer Menschen mit niedrigerem Einkommen stärker als jene mit hohem Einkommen.

Frauen sind durch das derzeitige Steuer- und Abgabensystem benachteiligt.

Geringere Löhne. Frauen verdienen in allen Beschäftigungsgruppen und Beschäftigungsformen im Durchschnitt deutlich weniger als Männer. Vollzeitbeschäftigte Frauen erzielen nur rund drei Viertel der Männereinkommen. Noch deutlicher zeigt sich der Unterschied bei ganzjährig vollzeitbeschäftigten Angestellten und Arbeiterinnen, sie verdienen nur rund zwei Drittel des Einkommens ihrer männlichen Kollegen.

Diskriminierungs-Teufelskreis. Aufgrund der hohen Einkommensschere ist der Anteil der Frauen mit niedrigem Einkommen höher als jener der Männer. Nachdem niedrige Einkommen de facto aber stärker belastet sind, wirkt das derzeitige Steuer- und Abgabensystem diskriminierend gegenüber Frauen!

anna.daimler@vida.at

Webtipps

Die zehn Hauptforderungen der ÖGB-Frauen zur Erreichung der Chancengleichheit der Frauen finden Sie unter www.vida.at in der Rubrik „Frauen - Gleichstellung“.



Frauen verdienen im Schnitt ein Drittel weniger als Männer und werden auch durch das Steuersystem diskriminiert.



ServiceTel: (kostenlos)
0800/20 11 30
mail@oebv.com

www.oebv.com

ÖBV Spitzenreiter

- > Spitzen-Veranlagungsmodell
- > Einmalanlage ab € 2.000,-
- > Garantiezins kombiniert mit attraktiver Veranlagung
- > Laufzeit: 10 Jahre oder mehr
- > Limitierte Auflage



Ihr Geld will hoch hinaus:

> hohe Zinsen > hohe Sicherheit > hohe Flexibilität

Die Geldgier von privaten Beteiligungsgesellschaften (Private Equity Fonds) nimmt weltweit zu. In ihren Hochglanzbroschüren versprechen die Manager dieser Finanzfonds bis zu 30 Prozent Gewinn. Die Fondsmanager setzen auf Risiko und knallharte Strategien. Firmen werden gekauft und so verwaltet, dass sie in drei bis fünf Jahren wieder verkauft werden können. Zuvor müssen sie jedoch so viel Geld an die Fonds abliefern, dass diese ihre Gier nach 30 Prozent Gewinn befriedigen können.

Der unsichtbare Arbeitgeber. Funktionieren tut das nur, weil unmittelbar nach der Übernahme die Geldwerte in den Unternehmen „gehoben“ werden: durch das Senken der Eigenkapitalquote, das Veräußern von Unternehmensteilen oder dem Abbau von Personal. Gleichzeitig wird das Unternehmen mit Schulden belastet, um auch die Steuerabgaben radikal zu senken. Einer der größten dieser Finanzfonds ist Blackstone aus den USA. In seinem Eigentum befinden sich Firmen, die bis zu 380.000 Mitarbeiter beschäftigen. Blackstone bezeichnet sich aber nicht als Arbeitgeber und will auch keine Verantwortung für diese Menschen übernehmen.

Strategie. Auch wenn sich der Firmenname der übernom-

menen Unternehmen nicht ändert, die Strategie verändert sich sofort. Jüngstes Beispiel ist der Autozulieferer TRW aus Salzburg. Trotz Gewinnen entschied die Konzernmutter in den USA, Blackstone, den Standort zu schließen.

Global regulieren. Die globalen Gewerkschaftsverbände (Global Unions, IUF und uni-global) fordern, dass die Private Equity Fonds die Gewerkschaften als Verhandlungspartner anerkennen und die Rechte der ArbeitnehmerInnen in den übernommenen Unternehmen respektieren. Zudem braucht es Regelungen, die direkt in den übernommenen Unternehmen wirken. Hier wird auf eine Initiative des Europäischen Parlaments gesetzt. Alle Instrumente, die den Schutz der Beschäftigten sicherstellen, sollen auch auf solche „unsichtbare Arbeitgeber“ anzuwenden sein. Das gilt für die Sicherheit der

Arbeitsverträge und die Mitbestimmungsrechte. Weiters muss eine Regelung eingeführt werden, die es den Fonds untersagt, die Eigenkapitalquote so weit abzusenken, dass das Unternehmen langfristig nicht mehr lebensfähig ist.

Gerechtigkeit. Dass die Fonds derart astronomische Gewinne anhäufen, beruht in vielen Ländern auf deren Möglichkeit, ihre Steuerverpflichtung massiv zu verringern. Das geht zu Lasten aller. In Österreich hätte es nach dem Wunsch von Wirtschaftsminister Bartenstein auch eine Steuerfreistellung der Gewinne für Private Equity Fonds geben sollen. In seinem Entwurf des Kapitalmarktstärkungsgesetzes wäre dies vorgesehen gewesen. Durch die anstehenden Neuwahlen bleibt dieses vorerst in der Schublade. Wie lange?

internationales@vida.at

Lesetipp



Broschüre „Rundgang durch die Private Equity-Welt in 30 Minuten“, herausgegeben von UNI Global Union.

Die Broschüre kann bei andrea.leidinger@vida.at kostenlos bezogen werden (Tel:01/54641-222).

Buchtip



Crash statt Cash
Warum wir die Finanzmärkte bändigen müssen

herausgegeben von Attac.
Kosten: 19,90 Euro
Information und Bestellmöglichkeit unter:
<http://www.oegbverlag.at>



Durch die Neuwahl vorerst ausgebremst wurde Minister Bartensteins Plan, Gewinne von Private Equity Fonds steuerfrei zu stellen.

Von 17. bis 21. September jährt sich zum 5. Mal das Europäische Sozialforum. Unter dem Motto „Ein anderes Europa ist möglich!“ versammeln sich mehr als 20.000 globalisierungskritische Menschen im schwedischen Malmö. Gemeinsam wollen sie Alternativen zur neoliberalen Globalisierung und für eine friedliche und gerechte Welt erarbeiten.

Die Welt wird immer kleiner. Neue Transport- und Telekommunikationsmedien machen es möglich: die Entfernungen zwischen den Menschen werden immer geringer und schneller überwindbar. In den letzten Jahren wurden die Auswirkungen der Globalisierung immer deutlicher spürbar. Videotelefonieren in die USA, frische Tomaten im Winter und Kurzurlaube in die Metropolen dieser Welt sind für viele leistbarer Luxus geworden. Doch diese neuen Möglichkeiten schaffen auch Probleme. Multinationale Konzerne verlagern ihre Produktionen je nach Bedarf in sämtliche Länder dieser Welt. Der Druck auf die ArbeitnehmerInnen und die Konkurrenz zu Billiglohnländern steigt permanent. Um die benötigten Rohstoffe zu garantieren und die Macht einiger Regionen und Unternehmen zu sichern, wird schnell einmal Krieg geführt.

Suche nach Alternativen. Das Europäische Sozialforum bietet eine gute Möglichkeit Kontakte

mit anderen Organisationen zu knüpfen. Es ist die kontinentale Variante des Weltsozialforums und fand erstmals 2002 in Florenz statt. Damals sprachen sich etwa 40.000 Menschen aus Gewerkschaften, Parteien und NGOs im Vorfeld des Irakkrieges für friedliche Alternativen aus. Das Sozialforum bietet die Chance über Ländergrenzen hinweg Themen zu diskutieren, internationale Kontakte zu knüpfen und gemeinsame Aktionen zu koordinieren. Gemeinsam werden Alternativen zur neoliberalen globalisierten Welt - für eine friedliche und gerechte Entwicklung - diskutiert.

vida aktiv dabei. Die Gewerkschaft vida hat beschlossen ebenfalls am diesjährigen ESF in Malmö teilzunehmen und unsere Positionen und Ansichten einzubringen. Wir beteiligen uns an den Vorbereitungen, und gestalten gemeinsam mit anderen Gewerkschaften, Netzwerken und Organisationen das Programm in Form von Workshops und Konferenzen mit. Dabei legen wir unsere Schwerpunkte in den Bereichen Privatisierung des öffentlichen Verkehrs, das Recht in Würde zu altern und die Probleme junger Menschen im Transportsektor fest. KollegInnen aus vielen Bereichen der vida bereiten gemeinsam mit dem internationalen Referat die Inhalte und Einzelheiten der Veranstaltung vor.

cornelia.berger@vida.at

Folgen der Globalisierung

Ein anderes Europa ist möglich

vida ist beim Europäischen Sozialforum in Schweden vor Ort.



Foto: vida

vida.at in neuem Outfit

Internet



270 Personen haben im Winter an unserer Onlineumfrage zum vida-Webportal teilgenommen. Wir haben die Anregungen und Wünsche ernst genommen und unseren Internetauftritt den Anliegen unserer Mitglieder angepasst. Viel Arbeit und gemeinsame Planung stecken dahinter, aber nun ist es so weit: vida-Online präsentiert sich mit frischem Design und mit neuer, übersichtlicher Struktur.

Einfacher Zugang. Der Zugriff zu den Sektionen und zu den Berufen erfolgt nun wie gewünscht schon von der Startseite aus. Wer auf der Suche nach seinen berufsgruppenspezifischen Inhalten und Ansprechpersonen ist, findet diese auch nach dem Login unter „meine vida“ oder - ohne sich einzuloggen - mit dem übersichtlichen Berufskompass. Die Zielgruppen Frauen, Jugend und PensionistInnen sind nun ebenfalls direkt von der Einstiegsseite aus erreichbar.

Bewährtes ausgebaut. Das gesamte Serviceangebot für

vida-Mitglieder steht Ihnen natürlich nach wie vor online unter der Rubrik Service zur Verfügung. Hier finden Sie Termine, Freizeit-, Kultur-, und Bildungsangebote, Vergünstigungen durch Ihre vida-card, Unterstützungen, Beratungen, Rechtstipps und diverse interessante Broschüren zum Downloaden.

Service für BetriebsrätInnen. Arbeitnehmervorteile bekommen auf vida.at gezielte Informationen und Services, die ihnen dabei helfen, ihre KollegInnen im Betrieb bestmöglich zu vertreten. Dazu gehören die kostenlose Nutzung der elektronischen Arbeitsrechtssammlung SARA-Online sowie das vif - das elektronische Informationssystem für vida FunktionärInnen. Zusätzlich finden BetriebsrätInnen im Log-In-Bereich Flugblatt- und Zeitungsvorlagen und personalisierte Informationen aus der jeweiligen Berufsgruppe.

vida.at ist barrierefrei. Wenn Sie die Schriftgröße verändern möchten, dann können Sie ent-

weder die Taste Strg gedrückt halten und das Mausrad drehen oder im Internetexplorer in der Rubrik Ansicht und Schriftgrad die gewünschte Schriftgröße wählen.

Warum registrieren? Viele unserer Angebote sind speziell für Mitglieder. Registrieren Sie sich für mehr Information und für mehr Service. Mit Ihrer Mitgliedsnummer und Ihrem Geburtsdatum können Sie sich unter „Registrieren“ erst anmelden. Bei ihren folgenden Besuchen brauchen Sie sich einfach nur noch mit Ihrem Usernamen und Passwort einloggen.

Funktioniert etwas nicht? Bei technischen Problemen wenden Sie sich bitte per Email an support@vida.at oder telefonisch an unsere technische Hotline 01 546 41-102. Redaktionelle Hinweise sowie Kommentare und Fragen zur Neugestaltung unserer Website richten Sie bitte per Email an internet@vida.at oder telefonisch an 01 546 41-112

doris.loeffler@vida.at

Mit vida den EDV-Einstieg wagen

Schnupperkurs Microsoft Word, Microsoft Excel und Internet

Sie erhalten einen Überblick über die Bearbeitungsmenüs sowie die Funktionsvielfalt und können Ihren Schriftverkehr mit Microsoft Word erledigen.

Mit Excel lernen Sie, einfache Tabellen zu erstellen. Darüber hinaus machen Sie Ihre ersten „Surfversuche“ im Netz.

Es sind keinerlei PC-Vorkenntnisse erforderlich. Die Kurse finden in der vida-Zentrale in der Margaretenstraße 166, 1050 Wien statt (EDV-Raum, 1. Stock.)

Kurs 321: 08.10, 13.10, 15.10, 20.10, und 21.10. 2008, abends 17:30 bis 20:30 Uhr

Kurs 322: 06.11, 13.11, 20.11, 27.11, und 04.12. 2008, abends 17:30 bis 20:30 Uhr

Kosten: 130 Euro, bei Einlösung des AKplus Gutscheins 30 Euro

Anspruch auf den AKplus-Bildungsgutschein im Wert von 100 Euro haben alle ArbeitnehmerInnen, die Mitglied der AK-Wien sind.

Bildungsgutschein anfordern: Per Telefon 0800 311 311 oder per Fax an 0800 20 20 45 unter Bekanntgabe von Name, Adresse und Mitgliedsnummer bei der AK Wien.

Für Fragen bzw. die Anmeldung zu einem der beiden EDV-Schnupperkurse stehen die Mitarbeiterinnen des vida-Bildungsreferats gerne zur Verfügung:

Natalia Seidl, Tel: 01/546 41 DW 163; Dagmar Medics, 01/546 41 DW 162.



Veranstaltungen

Vida-Mitglieder können Karten für Konzerte, Kabarets und Theateraufführungen bequem im vida-Kartenbüro bestellen. Sie erhalten über die Gewerkschaft vida österreichweit Vorverkaufskarten zum Einkaufspreis. Und das für sage und schreibe mehr als 10.000 Veranstaltungen pro Jahr. Für einzelne Aufführungen gibt es Ermäßigungen.

Kartenbestellung und Infos:

Nina Vyhnalek
Tel.: 01/546 41-171

<http://freizeit.vida.at>

Impressum

ÖGB, Gewerkschaft vida, Margaretenstraße 166, 1050 Wien
Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1230 Wien, Altmannsdorfer Str. 154-156, Tel. 01/662 32 96, Fax 01/662 32 96/6385, E-Mail: renate.wimmer@oegbverlag.at, [www: http://www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at). UID: ATU 55591005, FN 2267691

Hersteller: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstraße 21, **Herstellungsort:** Neudörfel

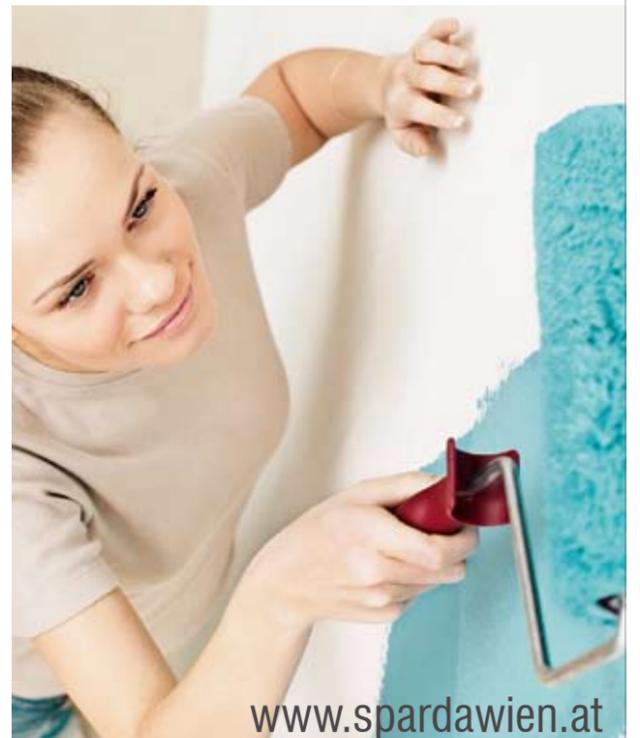
Redaktionsteam dieser Ausgabe: Canan Aytekin-Yildirim, Cornelia Berger, Anna Daimler, Walter Darmstädter, Elfriede Diex, Sabine Kahr, Martina Fassler, Brigitte Kail, Gertrude Oelmack, Hansjörg Miethling, Maria Ostermann, Rudolf Srba, Sylvia Tatra, Harald Voitl, Alice Wittig.
Grafik: Michael Mazohl, ÖGB-Verlag.

Redaktionsadresse: Gewerkschaft vida, Margaretenstraße 166, 1050 Wien, zeitschrift@vida.at, Tel: 01/54641-114.

DVR-Nr.: 0046655. **ZVR:** 576 439 352

SPARDA BANK

EIN UNTERNEHMEN DER BAWAG P.S.K.



www.spardawien.at

0%
Bearbeitungsentgelt
Sofortkredit
Wohnungskredit
Hypothekarkredit

SPARDA Bank AG
1020 Wien, Nordbahnstraße 5
Telefon: 01/214 24 51, 0810/200 166 (zum Ortstarif)
Basa: 880/12699
e-Mail: kredit@spardawien.at

WIR SCHAUEN AUF IHR GELD

topinfo

vida

www.vida.at

Immer wieder blockieren Arbeitgeber das demokratische Recht der ArbeitnehmerInnen, einen Betriebsrat zu wählen. Umso wichtiger ist es, dass die Belegschaft zusammenhält.

Zivilcourage zeigen

In der Therme Bad Waltersdorf gibt es rund 250 Beschäftigte, aber keinen Betriebsrat. Ingrid Millendorfer, eine beherzte Mitarbeiterin, die seit mehr als sechs Jahren an der Rezeption arbeitet, wollte das ändern. Sie unterzeichnete die Einberufung für eine Betriebsversammlung, mit der die Wahl eines Betriebsrats in Angriff genommen werden sollte. Gleich am Tag nach Erhalt des Schreibens entließ Geschäftsführer Gernot Deutsch die Frau. vida hat die Entlassung der Steirerin vor Gericht angefochten, das Urteil ist noch ausständig.

Angst vor Betriebsrat? Einen Betriebsrat zu wählen, der ihre Interessen im Betrieb vertritt, ist das demokratische Recht der ArbeitnehmerInnen. „Dieses Recht besteht ab fünf ArbeitnehmerInnen im Betrieb“, so der Landesgeschäftsführer der vida Steiermark, Leo Stöhr. Für Ingrid Millendorfer, die in einer kleinen Gemeinde in der Steiermark wohnt, bedeutet die Entlassung eine große Belastung – zumal jeder jeden in der Gegend kennt und die Geschäftsleitung nun behauptet, nicht die geplante Gründung des Betriebsrats sei der Anlass für die „Fristlose“ gewesen, sondern gravierende dienstliche Verfehlungen. „Ich bin entschlossen, den Fall vor Gericht durchzukämpfen. Ich habe nichts angestellt, sondern nur das Recht eingefordert, einen Betriebsrat zu wählen“, zeigt sich die couragierte Frau kämpferisch.

Durchgekämpft. Bereits in einem ähnlichen Fall Recht bekommen hat der Wiener Ludwig Mayer. Seit mehr als drei Jahren arbeitet Mayer als Krankentransport-Fahrer bei der Firma GWS Krankenbeförderung GmbH. Für die Firma gilt der Kollektivvertrag für das Taxi- und Mietwagengewerbe, doch der Chef weigerte

sich anfangs, den Beschäftigten die für 2008 von der Gewerkschaft ausverhandelte kollektivvertragliche Lohnerhöhung zu zahlen. Auch bei der Bezahlung der Überstunden gab es Differenzen. Als Mayer daraufhin im April eine Betriebsversammlung zur Wahl eines Betriebsrats einberief, reagierte der Arbeitgeber mit der Kündigung – und gab als Grund dafür an, dass der Mann in Dienstuniform in betrunkenem Zustand auf einer Tankstelle gesehen worden sei. „Diese falschen Angaben konnten von uns im Gerichtsverfahren eindeutig widerlegt werden. Die Kündigung Herrn Mayers wurde vom Gericht im Urteil erster Instanz vor wenigen Tagen für nichtig erklärt, auch der entgangene Lohn ist nachzuzahlen“, freut sich Gertrude Oelmack vom vida-Rechtsreferat, die den Krankentransport-Fahrer vor Gericht vertreten hat.

Betriebsrat durchgesetzt. Die Geschäftsführung von TopRein, einer Linzer Reinigungsfirma mit rund 350 Beschäftigten, wollte die Wahl eines Betriebsrates diesen Juni verhindern. Nach großen Turbulenzen – auch in diesem Fall war der Initiator der Wahl kurzerhand gekündigt worden, was in der Folge zurückgenommen wurde – gibt es bei TopRein mittlerweile einen Betriebsrat.

Fehlender Weitblick. Kluge Chefs sollten schon aus Eigeninteresse eine ArbeitnehmerInnen-Vertretung im Betrieb zulassen. Denn Studien belegen, dass das Klima in Unternehmen mit Betriebsrat besser ist. Die Fluktuation unter den Beschäftigten ist niedriger, wenn sie ein Sprachrohr haben, das ihre Anliegen bündelt. Wo es schon längere Zeit einen Betriebsrat gibt, sind meist auch die ArbeitgeberInnen positiv gegenüber dem Betriebsrat eingestellt. 75 Prozent der be-

fragten UnternehmerInnen, in deren Betrieb es einen Betriebsrat gibt, erklärten in einer Studie des Forschungsinstituts FORBA, dass ihnen die innerbetriebliche Sozialpartnerschaft überwiegend Vorteile bringe. Leider dauert es meist einige Zeit, bis auch die ArbeitgeberInnen den Betriebsrat als Erfolgsfaktor für das Unternehmen sehen.

Vor der Wahl. Was tun, wenn es im eigenen Betrieb noch keinen Betriebsrat gibt? „Sich bei der Gewerkschaft über die Betriebsratsgründung informieren, bevor man irgendwelche Aktivitäten setzt“, rät Juristin Sabine Kahr von der vida Steiermark. Denn eine Betriebsratswahl muss gut vorbereitet sein. Damit die Wahl gelingt, ist auch der Zusammenhalt in der Belegschaft wichtig. „Wenn alle solidarisch sind, kann der Chef die Wahl nicht so leicht blockieren“, ist die Gewerkschafterin überzeugt.

martina.fassler@vida.at

**SOS
Zivilcourage
auf www.vida.at**

vida hat zur Unterstützung von Ingrid Millendorfer die Solidaritätsaktion „SOS Zivilcourage“ auf www.vida.at gestartet, die bereits an die 3.000 Menschen unterzeichnet haben. Unterstützen auch Sie mit Ihrer Unterschrift den Aufruf an die Therme Bad Waltersdorf zur Rücknahme der Entlassung und Zulassung von Betriebsratswahlen.

Informationen zur Wahl eines Betriebsrates und seinen Rechten und Pflichten finden Sie auf www.betriebsraete.at



Betriebsratsgründung

Foto: bilderbox/Fotolia



Foto: Sylvia Tatra

Ingrid Millendorfer kämpft mithilfe der Gewerkschaft gegen ihre Entlassung.

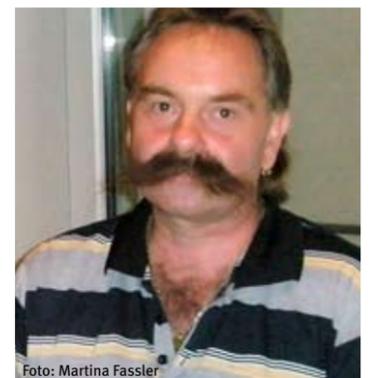


Foto: Martina Fassler

Vor Gericht Recht bekommen hat Ludwig Mayer. Der Chef wollte ihn kündigen, weil er eine BR-Wahl plante.

3 Gründe für vida

- ✓ Die vida-Jugend informiert Lehrlinge über ihre Rechte und unterstützt sie bei Problemen mit dem Arbeitgeber.
- ✓ Mit Ihrer vida-Card können Sie bei unserem Kartenbüro Karten für Kulturveranstaltungen bestellen – teils mit Ermäßigung. Mehr unter <http://freizeit.vida.at>
- ✓ vida setzt sich bei den Kollektivvertragsrunden alljährlich für höhere Löhne für die ArbeitnehmerInnen und Lehrlinge ein.



Binnenschifffahrt



Foto: Paul Wilke

Kommentar

Die Stiege von oben kehren

Nun ist esheraus: Kaum drei Monate im Amt, hat ÖBB-Vorstandssprecher Peter Klugar den einzelnen Bahngesellschaften bereits ein „Ergebnisverbesserungsprogramm“ verordnet, mit dem auch Personalkosten eingespart werden sollen. Das heißt, die Verfehlungen der verlustträchtigen Finanztransaktionen und -spekulationen von Einzelpersonen sollen – entgegen ursprünglicher Beteuerungen des Managements – wieder einmal die Beschäftigten „ausbaden“.

Kriegserklärung. Wegen der enormen Fehlspekulationen sind massive Rückstellungen in den Bilanzen nötig. Die einzelnen Gesellschaften, die in diese Spekulationen involviert waren, beginnen nun ein gigantisches Sparprogramm zu fahren. Wie immer in erster Linie auf Kosten der Beschäftigten. Aber: Wenn Vorstandssprecher Klugar glaubt, die Verfehlungen des Managements auf dem Rücken der Beschäftigten austragen zu können, so fassen wir BetriebsrätInnen das als Kriegserklärung auf, mit der wir gut umgehen können.

Umstrukturierungen ohne Ende. Seit nunmehr 20 Jahren durchläuft das Unternehmen ÖBB ein Um- und Restrukturierungsprogramm ohne Gleichen, kein Stein blieb dabei am anderen, kaum ein Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin davon unberührt. Nach jeder Phase wurde von den Managern erklärt „Jetzt haben wir's geschafft“, aber nur bis zu dem Zeitpunkt, bis die nächste Führungselite einen vermeintlich besseren Weg präsentierte. Da kommt schon der Verdacht

auf, dass viele Manager unfähig sind und zudem mehr das eigene Wohl im Auge haben als das ihres Unternehmens.

Schluss mit Ablösen in Millionenhöhe. Gehälter, die selbst bei Fehlleistungen fließen, ein Hinauswurf, der mit astronomischen Summen versüßt wird, während Angestellte Fehler nur zu oft mit ihrem Arbeitsplatz bezahlen müssen - bei den ÖBB ist das möglich: Sowohl dem früheren Bahnchef Martin Huber - er ist nunmehr als Bahnberater tätig - als auch dem noch bis Oktober amtierenden Finanzvorstand Erich Söllinger werden der Abgang mit einer kräftigen Abfindung versüßt. Dieser goldenen Handshake für zwei Manager, die wahrscheinlich das größte Finanzdebakel des ÖBB-Konzerns in den vergangenen Jahrzehnten zu verantworten haben, ist ein Skandal und für keinen rechtschaffenen Menschen nachvollziehbar.

Wir werden daher in Zukunft sukzessive alle Fehlentscheidungen und Verfehlungen des Managements öffentlich machen und gegen vorgetäuschte Sanierungsmaßnahmen am Rücken unserer EisenbahnerInnen vehement auftreten. Das ist unser erster Schritt auf unserem Weg, die großen Strukturprobleme des Unternehmens in den Griff zu bekommen.

wilhelm.haberzettl@vida.at
Vorsitzender der Sektion Verkehr

Das Ende der DDSG?

„Das wäre endgültig der Todesstoß für die österreichische DDSG.“

Robert Hengster,
Vida-Bundesfachgruppensekretär Schifffahrt

65 Beschäftigten bei der Donau-Dampfschifffahrtsgesellschaft (DDSG) droht der Verlust aller Arbeits- und Sozialrechte sowie 50 Prozent ihres Einkommens.

Geht es nach einer Unternehmensberatungsfirma (200.000 Euro Auftrags-honorar) und der Geschäftsführung der DDSG sollen ab 1. Oktober 2008 die letzten 65 noch nach österreichischem Kollektivvertrag beschäftigten MitarbeiterInnen – 52 davon im direkten Schiffsdienst – im Zuge eines Teilbetriebsübergangs gekündigt werden.

„Ausverkauft“. Obwohl der Firmensitz des 1993 privatisierten Binnenschifffahrtsunternehmens nach wie vor in Wien bleiben soll, sollen die Schiffe zukünftig an die ungarische DDSG-Tochtergesellschaft Ma-

hart-Duna-Cargo verleast werden. Die DDSG würde dann scheinbar vorgeben, über keine eigenen Betriebsmittel mehr zu verfügen.

Verlust aller Rechte. Für die betroffenen MitarbeiterInnen bedeutet dies, dass sie dann für die zyprische Firma Margolo Ltd. arbeiten würden. Diese Gesellschaft soll wiederum ihrer Tochtergesellschaft „Human Shipping Kft.“ in Budapest die österreichischen Arbeitskräfte überlassen, damit diese an die Mahart-Duna-Cargo weiterverleaset werden können. Dann dürfen sie wiederum auf ihren ehemaligen österreichischen Schiffen arbeiten - allerdings unter Verlust aller in Österreich geltenden Arbeits- und Sozialrechte sowie mit einer um die Hälfte reduzierten Bezahlung.

„Tagelöhner“. Nach Ende dieser einjährigen „Übergangsphase“ wartet eine weitere böse Überraschung auf die DDSG-MitarbeiterInnen: Dann sollen nämlich alle „zyprische Tagelöhnerverträge“ erhalten. Damit ginge einher, dass Pensions- und Sozialversicherungsbeiträge zur Gänze von den Beschäftigten selbst zu entrichten wären. Die Verschlechterungen wären gravierend: „Ein Matrose erhält in Zypern etwa 35 Euro Minimum für einen 24-Stunden-Arbeitstag – und das ohne arbeitsrecht-

liche und soziale Absicherung. Pensions- und Krankenversicherung wären komplett selbst zu bezahlen“, kritisiert Robert Hengster, Bundesfachsekretär für den Bereich Schifffahrt in der Gewerkschaft vida.

„Todesstoß“. „Das wäre endgültig der Todesstoß für die österreichische DDSG. ÖsterreicherInnen müssten dann mit illegalen zyprischen Verträgen unter Umgehung österreichischen Rechts auf der Donau arbeiten – das ist moderne Sklavenhalterei“, bringt Hengster das drohende Szenario bei der DDSG auf den Punkt.

Sozialdumping. Derzeit würden bereits rund 300 ausländische Beschäftigte aus Serbien oder der Ukraine über Leasingfirmen zu Sozialdumpinglöhnen und ohne soziale Rechte bei der DDSG arbeiten. „Ein undurchschaubares Konglomerat aus Gesellschaften und ein fehlender einheitlicher EU-Rechtsrahmen für die Binnenschifffahrt scheint auf den ersten Blick auch diesen nun drohenden Verlust der letzten österreichischen Arbeitsplätze in der Binnenschifffahrt möglich zu machen“, kritisiert Hengster: „Die Gewerkschaft prüft derzeit Maßnahmen, um das drohende Szenario noch abzuwenden zu können - Fortsetzung folgt.“

hansjoerg.miethling@vida.at

Bundesweiter KV für Taxi- und Mietwagenbranche ab 2009

Eine Einkommensverbesserung für Taxi- und MietwagenlenkerInnen bringt der im Sommer abgeschlossene bundesweit geltende Kollektivvertrag für Taxi- und MietwagenfahrerInnen. Der neue KV gilt ab 1. 1. 2009 - mit ihm wird erstmals auch 1.000 Euro Mindestlohn in der Branche Einzug halten.

Verbesserungen. „Mit den in der Vergangenheit teils katastrophalen Arbeits- und Einkommensbedingungen der FahrerInnen ist nun Schluss“, freut sich Georg Eberl, Bundessekretär der Sektion Verkehr in der Gewerkschaft vida. Die Bezahlung in der Taxibranche sei vorher äußerst schlecht gewesen (nur rund 840 Euro Brutto im Monatsschnitt bei Vollzeit). Kollektivverträge haben nur vereinzelt in einigen Bundesländern existiert.

Sozialbetrug bekämpfen. Mit dem KV besteht nun eine rechtsverbindlich Basis für bessere Arbeitsbedingungen und eine solide Verhandlungsgrundlage für Einkommenserhöhungen. „Schwarzarbeit und Sozialbetrug können damit wirkungsvoll bekämpft werden“, betont Eberl.

Infos: Bundesfachgruppe Straße, Tel.: 01 / 54541-510 bzw. E-Mail: strasse@vida.at

Nicht rauchen in 20 Tagen. Profitipp



Foto: Alexandra Kromus

Alois Fritzenwallner
Zentralbetriebsratsvorsitzender ÖBB
Technische Services GmbH

Alle wissen, dass Rauchen schädlich ist aber damit aufzuhören ist schwer. Mein Tipp sind die Programme der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau. Für starke RaucherInnen gibt es das Programm „Nicht rauchen in 20 Tagen“, für moderate RaucherInnen „Nicht rauchen in 7 Tagen“ und natürlich die ambulante Raucherentwöhnung für leichte RaucherInnen. Die Zielgruppenbestimmung wird nach dem Grad der Nikotinabhängigkeit durchgeführt, die mit dem Fagerström-Test gemessen wird, der bei der VAEB erhältlich oder unter www.josefhof.at downloadbar ist. Programmbestandteile der stationären Raucherentwöhnung sind verhaltenstherapeutisches Training, Sport- und

Bewegungstherapien, Entspannungsübungen, Gesundheitsvorträge, Nikotinersatzpräparate und Ernährungsschulung. Die Erfolgsquote stark abhängiger Raucher: Bei Abreise sind 100 Prozent rauchfrei und nach einem Jahr noch immer 49,9 Prozent und 32,6 Prozent haben zumindest ihren Konsum verringert.

Die nächste Informationsveranstaltung zur Raucherentwöhnung findet am 2. Oktober 2008 um 18.00 Uhr im Gesundheits- und Betreuungszentrum Villach statt.

Service: Nähere Informationen über die Nichtraucherprogramme der VAEB erhalten Sie unter **Tel. (01) 588 48-150.**

vida-Kärnten

Sanierung der Lavanttalbahn

Mit viel Elan und einer Unterschriftenaktion macht sich die Kärntner vida-Ortsgruppe Wolfsberg für die Erhaltung der Lavanttalbahn stark.

Die Lavanttalbahn, die von Klagenfurt über Bleiburg-Wolfsberg nach Zeltweg führt, ist die am meisten befahrene Nebenbahn Mitteleuropas und eine wichtige öffentliche Verkehrsverbindung für das ohnehin strukturschwache Lavanttal. Dies nicht nur im Bereich der Güterbeförderung (ca. zwei Millionen Tonnen Holz im Jahr), sondern auch für die rund 1.500 Pendler.

Unterschriftenaktion. Im Dezember 2007 wurde von der vida-Ortsgruppe Wolfsberg mit lokalen Politikern und dem zuständigen ÖGB-Bezirkssekretariat eine Projektgruppe zur Sanierung der Lavanttalbahn gegründet.

Forderungen. Die Liste der Forderungen ist lang. Die Sanierung der Bahn, bessere Verkehrsverbindungen, die Absicherung aller Eisenbahnkreuzungen und mehr Service für die Fahrgäste sind die wichtigsten Anliegen. Bei der Regionalkonferenz des ÖGB wurde ein diesbezüglicher Antrag eingebracht und einstimmig beschlossen. „Gerade jetzt, wo täglich die Benzinpreise steigen und Fahrten mit dem Pkw kaum noch leistbar sind, sind viele KollegInnen auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen“, bringt es Dietmar Schuster, Vorsitzender OG Wolfsberg, auf den Punkt.

Unterschriftenaktion. Unter dem Titel „Sanierung der Lavanttalbahn“ organisierte die vida-OG Wolfsberg Mitte des Jahres einen Aktionstag und startete eine Unterschriftenaktion. Bis jetzt wurden rund 3.000 Unterschriften auf Bahnhöfen und Betrieben gesammelt. Die Unterstützungserklärungen sollen samt Petition an den zuständigen Verkehrs- und Infrastrukturminister Werner Faymann übergeben werden.

Erste Erfolge. Auf Druck der Projektgruppe und unter Ein-

beziehung der BürgermeisterInnen betroffener Gemeinden im Lavanttal sowie des ÖGB ist es gelungen, dass im Bereich einzelner Streckenabschnitte bereits mit der Sanierung der Bahninfrastruktur begonnen wurde bzw. demnächst begonnen wird. Auch für die PendlerInnen kamen schon Verbesserungen zustande. So konnte etwa für die Strecke Wolfsberg-Klagenfurt ein attraktiverer Fahrplan mit Schnellverbindungen erreicht werden

elfriede.diex@vida.at



Die Wolfsberger Aktivisten beim Aktionstag für die Sanierung der Kärntner Lavanttalbahn: Robert Arnold, Hans Peter Schlagholz, Dietmar Schuster, Günther Vallant, Eduard Mitterbacher (v. l. n. r.)

Foto: Elfriede Diex/vida

„Austrian Hospital“ hilft

Der Verein „Austrian Hospital“ setzt sich für Menschen ein, die Hilfe brauchen. Prof. Dr. Wolfgang Köstler (praktischer Arzt und ehem. Bahnbetriebsarzt im Werk der ÖBB in Wien-Floridsdorf) und Herbert Löffler (ÖBB Technische Services GmbH) vom Verein organisieren kostenlos Gegenstände bei österreichischen Firmen für medizinische Einrichtungen in Ländern, in denen Not herrscht. Etwa in Uzhgorod in der Ukraine unterstützt „Austrian Hospital“ seit Ende 2005 die Klinik. Bei verschiedenen Unternehmen wurden Matratzen, Krankenbetten, Medikamente, Heizkessel, Wärmeschutzfenster und Einrichtungen für Laborräume für Uzhgorod kostenlos aufgetrieben.

Unbezahlbare Helfer. EisenbahnerInnen sind durch ihr Know-how bei der Organisation, Zusammenstellung, Verladung und Begleitung der Transporte per Bahn unbezahlbare Helfer. Und die ÖBB kommen immer wieder mit sehr günstigen Sozialtarifen dem Verein entgegen.

Wenn sie mehr über der Verein erfahren oder gerne mitarbeiten wollen:

www.austrianhospital.at

E-Mail: austrian.hospital@a1.net

ÖBB-WuV & VAEB

Spiel, Spaß und Gesundheit

Für viele Kinder ein Höhepunkt der Sommerferien: die Ferienaktion des Waisen- und Unterstützungsvereines.

Mittlerweile zu einem fixen Programmpunkt in den Sommerferien geworden und von vielen Kindern heiß herbeigesehnt, fand auch heuer wieder die Ferienaktion des Waisen- und Unterstützungsvereines des ÖBB-Konzerns (WuV) statt. 150 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren – so viele wie noch nie zuvor – waren im Juli und August in St. Oswald bei Freistadt in Oberösterreich dabei. Zu-

sätzlich zu den Waisenkindern wurden wiederum auch Kinder aus Großfamilien eingeladen.

„Funiversum“. Aufgrund des positiven Echos im Vorjahr wurde als Herberge erneut das „Funiversum“ - die Burg der Begegnung - ausgewählt. Die Kinder erfahren dort nicht nur eine besonders aufmerksame Betreuung durch geschultes Betreuungspersonal sondern auch ein interessantes Rahmenprogramm: Neben Sport standen Ausflüge zum Jagdmärchenpark Hirschalm und zur Wild-Mountain-Ranch, zum OÖ Jagdfalkenhof St. Leonhard, zur Mühlviertler Pferdeisenbahn sowie ein Erlebnistag in Windhaag und die Besichtigung der historischen Altstadt von Freistadt am Programm.

Gesundheit. In Kooperation mit der Versicherungsanstalt für Eisenbahnen und Bergbau (VAEB) wurde den Kindern spielerisch-pädagogisch Gesundheitsthemen wie Bewegung, Koordination, Ernährung und Teambildung näher gebracht.

Ernährung. Auch auf die gesunde Ernährung wurde nicht vergessen - das eigenhändige Zubereiten eines Obstsalates machte den Kindern viel Spaß. Vor Ort waren auch Ärzte sowie KollegInnen der VAEB-Zahnambulatorien mit einer Zahnvideokamera, die den Kindern Tipps für richtiges Zähneputzen gaben. „Wir freuen uns, dass die Kinder unser Angebot so gut angenommen haben und werden uns bemühen, dass ein Programmtag der VAEB in Zukunft zu einem Fixpunkt der Ferienaktion wird“, so Gottfried Winkler, Obmann der VAEB.

Mehr Informationen über den Waisen- und Unterstützungsverein des ÖBB-Konzerns und wie Sie diesen schon ab 50 Cent im Monat unterstützen können, finden Sie unter

www.waisenverein.at

Infos zur VAEB: www.vaeb.at

alice.wittig@vaeb.at



Die Lebensgewerkschaft vida vertritt die Interessen jener BerufskraftfahrerInnen, die mit schwerwiegenden arbeitsrechtlichen Problemen zu kämpfen haben. Fast täglich sind unsere Mitglieder mit Negativschlagzeilen aus den Medien konfrontiert, die ihnen den Berufsalltag erschweren.

Die LenkerInnen selbst sind immer das schwächste Glied in einer Kette wirtschaftlicher Interessen. Wir - die Gewerkschaft vida - veranstalten deshalb immer wieder Info-Abende, um allen BerufskraftfahrerInnen vor Ort Hilfestellung anzubieten.

Aktuelle Themen wie etwa **Neuerungen im Verkehrsrecht** oder die **neue Aus- und Weiterbildung für Bus- und LKW-LenkerInnen** stehen im Mittelpunkt einer Informationsveranstaltung, die am **Samstag, 4. Oktober 2008, um 17 Uhr** im ARBÖ-Fahrsicherheitszentrum in Ludersdorf/Gleisdorf stattfindet.

Wir laden euch zu dieser Veranstaltung ein! **Es geht um wichtige Informationen. Schaut vorbei!**

... MIT SICHERHEIT!

INFO-ABEND
4.10.2008
17 UHR
FAHRSICHERHEITSCENTRUM
LUDERSDORF/
GLEISDORF

Experten:
Mag. Dr. Herbert Grundner
Georg Eberl, Gewerkschaft vida
Walter Pferschy, Gewerkschaft vida





Foto: Lisi Gradnitzer

Kommentar

Trittbrett Fahren lohnt sich nicht

Trotz guter Lohnabschlüsse für das Jahr 2008 hat die hohe Inflationsrate ein Loch in die Geldbörse der ArbeitnehmerInnen gerissen. Wer in einer Niedriglohnbranche tätig ist, spürt diese Entwicklung besonders stark, da die Preise für lebensnotwendige Produkte, wie für Lebensmittel und Energie besonders gestiegen sind. Um diese Situation zu entschärfen, sind bei den nächsten Lohnverhandlungen dementsprechend hohe Abschlüsse notwendig. Für einen guten Lohnabschluss ist auch die Stärke der Gewerkschaft wesentlich. Diese Stärke drückt sich in der Zahl der Mitglieder aus.

Branchenunterschiede. Aber nicht nur die Anzahl der Mitglieder, sondern auch die Mitgliederdichte in den einzelnen Branchen ist ausschlaggebend für einen hohen Lohnabschluss. In vielen Dienstleistungsberufen gibt es da großen Aufholbedarf. Die Mitgliederdichte ist auch wichtig für die Umsetzung der Anliegen der ArbeitnehmerInnen im Allgemeinen. Die Einhaltung der gesetzlichen und kollektivvertraglichen Bestimmungen durch die ArbeitgeberInnen ist dort am höchsten, wo es starke Gewerkschaften gibt. BetriebsräteInnen, welche in Unternehmen tätig sind, in denen sie auf eine große Zahl an Gewerkschaftsmitgliedern bauen können, erreichen für die Beschäftigten mehr als andere.

Solidarische Lohnpolitik. In den vergangenen Jahren ist die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander gegangen. Die Initiative der Gewerkschaften, auf die Umsetzung von tausend Euro Mindestlohn in den Kollektivvertragsverhandlungen zu drängen, wird die Situation für die KollegInnen in den Niedriglohnbranchen etwas bessern. Um aber die ArbeitnehmerInnen in ihren Anliegen in einer globalisierten Welt vertreten zu können, braucht es noch stärkere Gewerkschaften. Dafür kann jeder und jede einzelne was tun: Der Gewerkschaft beitreten, sich im Betrieb organisieren und auch andere von einer Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft überzeugen. Wer quasi als TrittbrettfahrerIn die Leistungen der Gewerkschaft wie zum Beispiel die jährlich ausgehandelte Lohnerhöhung nützt, ohne selbst Mitglied zu sein, schadet den anderen und letztlich auch sich selbst. Wer der Gewerkschaft beitrifft, stärkt die Vertretung der ArbeitnehmerInnen in seinem Betrieb und seiner Branche - und tut sich damit auch selbst etwas Gutes.

willibald.steinkellner@vida.at
Vorsitzender der Sektion Soziale, Persönliche Dienste und Gesundheitsberufe

Betriebe missachten Schutzbestimmungen

„Die Daten zeigen, dass Lehrlinge in vielen Betrieben ausgenutzt statt ordentlich ausgebildet werden.“

Henri Schreiber, vida-Jugendsekretär

Eine Umfrage gibt Auskunft über den Alltag der Friseurlehrlinge: Überstunden sind gang und gäbe, obwohl verboten, die Einteilung zu Hilfsarbeiten ebenso.

Henri Schreiber. Sein Resümee aus den Ergebnissen der Umfrage: „Die Schutzbestimmungen und Ausbildungsvorschriften, die für Lehrlinge gelten, werden von vielen Betrieben nicht eingehalten.“

Putzen statt lernen. Auch in anderen Branchen werden Lehrlinge oft zu Hilfstätigkeiten eingeteilt, die Häufigkeit, mit der das in der Friseurbranche der Fall ist, scheint aber einzigartig. Fast die Hälfte der Lehrlinge wird jeden Tag zu Tätigkeiten eingeteilt, die nichts mit ihrer Ausbildung zu tun haben. Also Geschirr abwaschen, Fenster putzen, Blumen gießen oder Botendienste erledigen. Weitere 32 Prozent geben an, ab und zu derartige Hilfsarbeiten ausführen zu müssen, nur bei zehn Prozent kommt das nie vor.

Geld für das Werkzeug. Obwohl laut Kollektivvertrag der Chef den Beschäftigten das Werkzeug (ausgenommen Käme) zur Verfügung stellen muss, ist dies nur bei 23 Prozent der Lehrlinge der Fall. Mehr als die Hälfte der Lehrlinge (55 Prozent) mussten sich ihr gesamtes Werkzeug selbst kaufen,

22 Prozent bekamen nur einen Teil des benötigten Werkzeugs vom Betrieb zur Verfügung gestellt.

40-Stunden-Woche. Lehrlinge unter 18 Jahren dürfen laut Kinder- und Jugendbeschäftigungsgesetz nicht zu Überstunden eingeteilt werden. Für die Friseurlehrlinge gilt deshalb die 40-Stunden-Woche – theoretisch. Denn mehr als die Hälfte der unter 18-Jährigen gab bei der Umfrage an, jeden Monat Überstunden zu leisten.

Nach der Lehre. Angesichts derartiger Rahmenbedingungen wundert es nicht, dass die meisten Jugendlichen nach dem Ende ihrer Ausbildung den Betrieb oder gleich die Branche wechseln möchten. Nur 41 Prozent wollen auch als „Ausgelernte“ im selben Friseurstudio bleiben. „Lehrlinge haben ein Anrecht auf eine Ausbildung in ihrem Beruf. Junge Menschen auszunutzen statt sie auszubilden, ist kein Kavaliärsdelikt. Wir werden die Arbeitgeberseite mit den Ergebnissen unserer Umfrage konfrontieren“, kündigt Henri Schreiber an.

martina.fassler@vida.at

vida sucht TrainerInnen für die Fachstudios

Für die Friseur-Fachstudios, die vida betreibt, suchen wir zur Ergänzung unseres Teams FachtrainerInnen bzw. AusbilderInnen für den Bereich FriseurIn & PerückenmacherIn sowie den Bereich KosmetikerIn & FußpflegerIn. Voraussetzung sind eine abgeschlossene Berufsausbildung im jeweiligen Bereich, hohe Bereitschaft, Wissen zu vermitteln und Teamfähigkeit. Von Vorteil sind Schulungs- und Vortragspraxis sowie EDV-Kenntnisse. Die Ausbilderprüfung wäre ebenfalls von Vorteil (kann aber nachgeholt werden bzw ist bei Personen mit Meisterprüfung nicht nötig.) Die TrainerInnen werden projektbezogen für Tages- und Abendkurse gesucht und zwar für die Fachstudios im 6. und 21. Bezirk in Wien sowie in Wiener Neustadt und St. Pölten.

Information bei
vida-Bundesfachgruppensekretärin Barbara Fahrner
E-Mail: barbara.fahrner@vida.at
Tel: 01/54641-430 oder
fachstudio.friseure@gmx.at

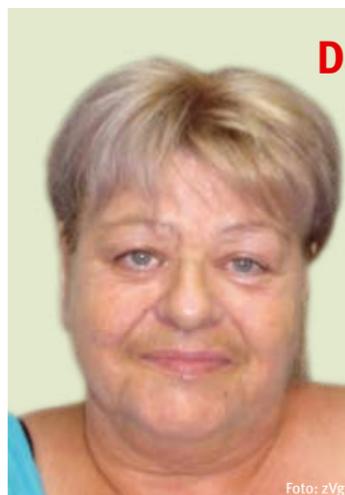


Foto: zVg

Dorothea Fahrngruber
BR-Vorsitzende der ArbeiterInnen, Arbeiter-Samariter-Bund Wien

Das Handy als „Erste-Hilfe-Assistent“ nutzen. Profitipp



Möglichst rasch Erste Hilfe zu leisten, kann lebenswichtig sein. Der Arbeitersamariterbund bietet deshalb unter www.dersamariter.at ein kostenloses Service für HandybenützerInnen an. Leichte, verständliche und gut bebilderte Erste-Hilfe-Anleitungen für Notfälle können auf das eigene Handy heruntergeladen werden.

Nach dem erfolgten Download stehen die Anleitungen im Speicher des Handys jederzeit,

unabhängig von der Qualität des aktuellen Netzempfangs, zur Verfügung. Egal, ob es sich um einen Herzinfarkt, Sport- oder Verkehrsunfall handelt: Das Handy unterstützt mit kompakten Anweisungen und hilft so, Leben zu retten. Klar ist aber auch: Das Handyprogramm ersetzt keinen Erste-Hilfe-Kurs. Man sollte sein Wissen regelmäßig durch den Besuch eines entsprechenden Kurses wieder auffrischen.

Heimhilfen

Kurzeinsätze bleiben umstritten

Rotes Kreuz Wien startet interne Erhebung.

Schluss mit dem Sekunden Zählen! Mehr als 5.000 Menschen unterstützten vergangenes Jahr diese Aktion der Gewerkschaft vida zur Abschaffung der Kurzeinsätze der Heimhilfen. „Die Kurzdienste, bei denen die Heimhilfe jeweils nur 15 Minuten Zeit für die Betreuung der Klientin

bzw. des Klienten hat, werden vor allem bei den Abendeinsätzen angeordnet. Bei derartigen Einsätzen bleibt oft keine Zeit für die Ansprache der alten Menschen. Die Qualität der Betreuung droht auf der Strecke zu bleiben, für die Beschäftigten sind diese Dienste mit großem Stress verbun-

den“, sagt vida-Bundesfachgruppensekretärin Michaela Guglberger. Regional konzentriert sich das Problem auf die Bundeshauptstadt. Der Fonds Soziales Wien, der die Einsätze an die verschiedenen Anbieter sozialer Dienste vergibt, sieht allerdings keinen akuten Handlungsbedarf.

Erste Schritte. Etwas mehr Einsicht zeigen die Arbeitgeber in den Anbieterorganisationen. Sie wollen nun erheben, wie die Heimhilfen mit den Kurzeinsätzen zurecht kommen. „Das Rote Kreuz Wien geht da mit gutem Beispiel voran“, so Michaela Guglberger. Harald Pfertner, Prokurist und Bereichsleiter für die Gesundheits- und Sozialen Dienste beim Wiener Roten Kreuz, erklärt dazu: „Wer bei den Kurzeinsätzen mit der vorgesehenen Zeit nicht zurechtkommt, soll das der Teamleiterin melden. Wir werden dann intern schauen, ob man Einsätze umschichten kann. Wo dies nicht möglich ist und das Arbeitspensum tatsächlich nicht in der vorgesehenen Zeit zu bewältigen ist, werden wir beim Fonds Soziales Wien um eine Stundenerhöhung ansuchen.“ Betriebsrätin Eva Pinks ergänzt: „Es gibt bestimmte Tätigkeiten, die sich in 15 Minuten erledigen lassen. Das Herrichten des Essens, das Erinnern an die Einnahme von Medikamenten oder das Helfen beim Auszie-

hen.“ Komme aber Körperpflege, Inkontinenzversorgung oder die Hilfe bei der Einnahme von Mahlzeiten dazu, sei mehr Zeit nötig. „Sonst wird es zur Akkordarbeit“, sagt Pinks. Ausgewertet sollen die Rückmeldungen der Heimhilfen bis Jahresende werden, kündigt Pfertner an.

Mehr Geld nötig. Dass die öffentliche Hand insgesamt mehr Geld für die sozialen Dienste aufbringen muss, darüber sind sich Betriebsrat und Arbeitgeberseite einig. Eva Pinks: „Der Stundenlohn beträgt für Heimhilfen beim Einstieg laut dem Kollektivvertrag des Roten Kreuzes gerade 9,02 Euro.“ Ihr Chef, Harald Pfertner, fügt hinzu: „Die Leute wollen im Alter möglichst lang in ihren eigenen vier Wänden bleiben. In einem der reichsten Länder Europas muss das Geld für die Finanzierung der mobilen Betreuungsleistungen vorhanden sein.“

martina.fassler@vida.at



Bei den Abenddiensten steht den Heimhilfen manchmal nur 15 Minuten pro KlientIn zur Verfügung.

Foto: Rotes Kreuz Wien

Ältere ArbeitnehmerInnen

Die Jobzufriedenheit steigern

SOZIAL GLOBAL versucht mit betrieblicher Gesundheitsförderung die Arbeitsqualität für die Beschäftigten zu verbessern.

In unserer Branche arbeiten doppelt so viele 40- bis 59-Jährige wie im Österreich-Durchschnitt“, erzählt Lisbeth Birmily, Vorstand des Wiener Sozialdienstleistungsunternehmens SOZIAL GLOBAL. „Dazu kommt, dass die Tätigkeit als Heimhilfe körperlich anstrengend und auch psychisch belastend ist.“ Gemeinsam mit der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) hat SOZIAL GLOBAL im Herbst 2007 das Vorsorge- und Beratungsprojekt AUVAFit gestartet. Unter Einbeziehung der Beschäftigten und des Betriebsrats analysierte eine Arbeitspsychologin die Arbeitsbedingungen. Im ersten Halbjahr 2008 wurden dann Maßnahmen zur Gesundheitsförderung in der Praxis erprobt: Ein mehrwöchiges Bewegungsprogramm, ein Kurs zum Thema Stressbewältigung und positives Denken sowie Ernährungskurse standen zur Auswahl.

Etwas für sich tun. Rund 200 der insgesamt 520 Heimhilfen, die bei SOZIAL GLOBAL be-

schäftigt sind, haben an einem der Kurse teilgenommen. „Das Interesse, etwas für die eigene Gesundheit zu tun, ist groß“, sagt die Vorsitzende des Arbeiterbetriebsrats, Leopoldine Frühwirth. Am besten angekommen ist das Ernährungsprogramm, das vom Vortrag über gesundes Einkaufen bis zum gemeinsamen Kochen reichte. Ziel ist es, weg von der einseitigen Ernährung zu kommen und sich trotz des Außendienstes gesund zu ernähren. „Das Ernährungsprogramm wird auch nach Auslaufen des AUVAFit-Projekts weiterhin vom Unternehmen angeboten werden“, kündigt Birmily an.

Knackpunkt Dienstpläne. Nicht alle Belastungen lassen sich durch Kurse und Trainingsprogramme ausgleichen. Am unzufriedensten zeigten sich die befragten Heimhilfen mit der Organisation der Dienste. Besonders die geteilten Dienste und das Umwerfen der Dienstpläne aufgrund von krankheitsbedingten Ausfällen stießen auf Kritik. „Wenn man die Job-

zufriedenheit steigern und die Arbeitsfähigkeit der Beschäftigten bis zum Pensionsantritt erhalten will, muss man die geteilten Dienste reduzieren und die Einsätze insgesamt planbarer machen“, ist Betriebsrätin Frühwirth überzeugt. Erste Schritte in diese Richtung werden bei SOZIAL GLOBAL unternommen. Externe Exper-

Innen haben analysiert, wie häufig die geteilten Dienste bei den einzelnen Teams angeordnet werden. Dabei zeigten sich zum Teil beträchtliche Unterschiede. Klar scheint: Wenn im Vorhinein genug Reserven eingeplant sind, braucht es weniger geteilte Dienste und Umschichtungen zur Abdeckung der kurzfristigen Ausfälle. Im

Herbst soll deshalb ein Pilotprojekt in zwei Wiener Bezirken mit so genannten „Standby-Diensten“ starten. „Weitere Analysen und Maßnahmen, um die Diensteinsätze planbarer zu gestalten, müssen folgen“, verlangt die Betriebsrätin.

martina.fassler@vida.at



BR-Vorsitzende Leopoldine Frühwirth (links) und Lisbeth Birmily, Vorstand von Sozial Global.

Foto: zVg



Kommentar

Warum so billig, Teuerste?

Frauen sind in einkommensstarken Beschäftigungsbranchen deutlich unterrepräsentiert, in einkommensschwachen Branchen aber überrepräsentiert. Das geht einmal mehr aus einer kürzlich im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich erstellten Studie hervor, bei der rund 200 Tourismus-Beschäftigte befragt wurden. Unzufrieden sind die Arbeitskräfte im Tourismus vor allem mit ihrem Einkommen - und sie beklagen auch, dass die Aufstiegschancen im Tourismus äußerst gering sind.

Kaum berufliche Perspektiven. Obwohl 60 Prozent der Beschäftigten im Tourismus weiblich sind, finden sich in Führungspositionen fast nur Männer. Entsprechend hoch ist die Unzufriedenheit der Frauen, auch weil das Arbeitsumfeld eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie oft unmöglich macht. Vor allem Frauen sehen auch kaum eine Möglichkeit, Karriere zu machen. In den besser dotierten und prestigeträchtigeren Jobs wie Chefkoch oder Oberkellner gibt es immer noch viel mehr Männer. Zwar ist der Tourismus eine typische Frauenbranche, wird aber für viele Frauen zur beruflichen Sackgasse, weil ihnen kaum berufliche Perspektiven geboten werden. Tatsache ist: In die Qualifikation des Personals wird ohnehin kaum investiert. Und sogar hier ziehen die Frauen wieder den Kürzeren - die Dauer von Weiterbildungen ist im Vergleich zu jener bei Männern um die Hälfte kürzer.

Ein Drittel weniger Einkommen. Besonders unzufrieden sind die Beschäftigten des Beherbergungs- und Gaststättenwesens aber insbesondere mit ihrem Einkommen. Sie verdienen im Schnitt knapp 1.500 Euro brutto, ein Drittel weniger als der Durchschnitt über alle Branchen gerechnet. Trotz zufrieden stellendem Lohnabschluss für 2008 - die KV-Löhne wurden zwischen 3,4 Prozent und 3,6 Prozent angehoben - kommen viele Tourismusbeschäftigte mit ihrem Einkommen nur schwer über die Runden. Die hohe Teuerung hat die Lohnzuwächse aufgefressen und trägt zur Unzufriedenheit der Beschäftigten mit ihrem Einkommen bei.

Die Tourismusbetriebe in Österreich hoffen wieder auf eine sehr gute Sommersaison. Doch während die Branche von einem Erfolg zum nächsten eilt, hat sich die Situation für die Beschäftigten verschärft. Der Begriff „working poor“ oder „zwei Mal arbeiten um einmal zu leben“ ist auch hierzulande für viele leider traurige Wirklichkeit. Grund genug für uns GewerkschafterInnen, Druck zu machen, die Branche zu attraktivieren und die Situation für die ArbeitnehmerInnen nachhaltig zu verbessern.

renate.lehner@vida.at
Bundessektionssekretärin der Sektion Private Dienstleistungen

Gelebte Mitgliederwerbung

„Ich bemühe mich, als Arbeitnehmervertreter aktiv auf meine KollegInnen zuzugehen...“

Hans Kerndle, Betriebsratsvorsitzender Kur- und Rehab-Zentrum Althofen

Das Kur- und Rehabzentrum Althofen in Kärnten ist ein modernst ausgestatteter Privatbetrieb, der seinen PatientInnen bestmögliche Rehabilitation bieten möchte und somit deren Wiedereingliederung in einen normalen Alltag.

dem man als Betriebsrat/Betriebsrätin nicht konfrontiert wird“, ist Hans Kerndle überzeugt. „Es ist leicht gesagt, etwas zu verändern, aber umso schwieriger dies auch umzusetzen. Daher ist es sehr wichtig, eine starke und gut informierte Interessenvertretung zu haben, um für die Belegschaft bestmögliche Ergebnisse zu erzielen“, bringt es Hans Kerndle auf den Punkt.

viele sehr gute Rahmenbedingungen, wie Betriebsvereinbarungen, Lohnerhöhungen und Sozialleistungen für unsere Beschäftigten auszuhandeln“, erklärt Kerndle. In Zeiten, wo allgemein Sparen angesagt ist, war das keine leichte Sache, gesteht er. Aber durch diese positive Erfahrung konnte er den MitarbeiterInnen vor Augen führen, wie wichtig es ist, solidarisiert zu sein.

Aber auch in anderer Hinsicht ist das Zentrum ein Vorzeigebetrieb: 385 KollegInnen der insgesamt rund 410 MitarbeiterInnen sind bei der Gewerkschaft vida organisiert.

Auf die Menschen zugehen. Dies ist nicht zuletzt das Verdienst von Betriebsratsvorsitzendem Hans Kerndle. „Ich bemühe mich, in meiner Arbeit als ArbeitnehmerInnenvertreter aktiv auf meine KollegInnen zuzugehen. Es gibt fast keinen Bereich und kein Thema, mit

Hilfe vor Ort. Kerndle sieht sich als erste Anlaufstelle für Fragen und Probleme der MitarbeiterInnen im Betrieb. Und der Erfolg gibt ihm recht: Durch viele persönliche Gespräche ist es ihm gelungen, in den letzten Monaten 51 KollegInnen für eine Mitgliedschaft bei der Gewerkschaft vida zu gewinnen.

Gemeinsam stark. „Nur BetriebsrätInnen, die einen gewerkschaftlich gut organisierten Betrieb hinter sich haben, können auf allen Ebenen, politisch sowie auch innerbetrieblich mehr für ihre KollegInnen erreichen.“ Darum ist es für den Betriebsratsvorsitzenden sehr wichtig, „NewcomerInnen“ gleich in den ersten Tagen ihrer Betriebszugehörigkeit zu kontaktieren und von der Wichtigkeit der Organisation zu überzeugen. Zu einem späteren Zeitpunkt ist diese Überzeugungsarbeit oft um vieles schwerer.

Gemeinsam mehr erreichen. Für ihn als Betriebsrat ist es sehr wichtig, dass die KollegInnen Mitglied bei der Gewerkschaft sind. „Wir ziehen alle am gleichen Strang, das weiß auch unsere Belegschaft. Gemeinsam ist es gelungen,

sylvia.tatra@vida.at

Neue Broschüren

Niemand kann alles wissen und schon gar nicht, wenn sich immer etwas ändert. Sehr oft gibt es viel Neues, weil der ÖGB und die Gewerkschaften wieder erfolgreich verhandelt haben. Es ist daher von Vorteil zu wissen, wo es Informationen gibt und wie man zu diesen kommt.

Was Sie unbedingt wissen sollten

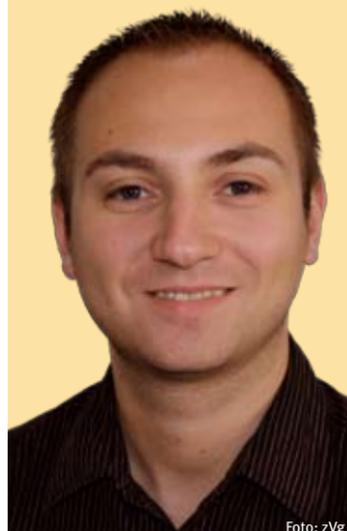
In der Broschüre finden sich die wichtigsten Infos zu Arbeitsrecht, Arbeitslosenversicherung, Steuern und ArbeitnehmerInnenvertretung. Kompakt, übersichtlich und im handlichen Taschenformat, ideal für den schnellen Überblick. Die Broschüre kann unter www.oegb.at/downloaded werden.

Passives Wahlrecht für ALLE

Diese Broschüre soll die Einbindung von KollegInnen migrantischer Herkunft in die Strukturen der betrieblichen Interessenvertretung unterstützen, sowie Neugründungen von Betriebsratskörperschaften fördern. Die Broschüren kann unter www.oegb.at/merhaba (türkisch) und www.oegb.at/zdravo (kroatisch/serbisch) heruntergeladen werden.

Sollten Sie Fragen zu den Details haben, hilft Ihnen Ihr Betriebsrat oder Ihre Betriebsrätin gerne weiter. Die ExpertInnen im ÖGB und in den Gewerkschaften unterstützen Sie mit weiteren Informationen.

Wie du als Lehrling zu deinem Recht kommst. Profitipp



Henri Schreiber
vida-Jugendsekretär

Für Lehrlinge gibt es genaue Bestimmungen, welche Arbeiten im Betrieb erlaubt sind, wie lange sie arbeiten dürfen, wie sie entlohnt werden müssen und welche Schutzbestimmungen gelten und weiters wie die berufliche Ausbildung im Betrieb und in der Berufsschule zu erfolgen hat. Sollte es aber einmal zu Problemen mit deinem Arbeitgeber/deiner Arbeitgeberin kommen wegen der Auszahlung von Überstunden oder der Übertretung der Arbeitszeitbestimmung, ist es von Vorteil, einen schriftlichen Nachweis zu haben. Darum: Schreibe dir

deine Arbeitszeiten regelmäßig auf. Mach dir Notizen, wann du im Urlaub bist, wann du krank bist oder wann du aus irgendeinem Grund verhindert bist, zur Arbeit zu kommen (Arztbesuche etc.). Hebe dir stets deine Lohnzettel und sonstige Dokumente, die deine Lehrstelle betreffen, auf.

Wenn du Hilfe oder Unterstützung brauchst oder Fragen hast, kannst du jederzeit in die vida-Jugendabteilung kommen - wir beraten dich gerne.

Recht

Erfolgreich für HausbesorgerInnen gekämpft!

Das Rechtsreferat der Gewerkschaft vida setzt sich für die HausbesorgerInnen ein und kämpft für die Erhaltung der Arbeitsplätze.

In den nachstehend beschriebenen Fällen konnte die Gewerkschaft zwei konkrete Erfolge verbuchen.

Kündigung angedroht. Im ersten Fall geht es um Anita S., die seit 1989 schon als Hausbesorgerin für die Stadt Wien arbeitet. Im März 2007 bekam Frau S. den „blauen Brief“ von der Post zugestellt. Es war die Aufkündigung des Hausbesorgerdienstverhältnisses. Als Kündigungsgrund wurde die Vernachlässigung der wesentlichen Aufgaben als Hausbesorgerin unterstellt. Um diese Behauptungen zu entkräften, wurde Frau S. vom vida-Rechtsreferat angeraten, eine Liste mit Unterschriften von MieterInnen zu erstellen. Frau S. sammelte fleißig Unterschriften und der Großteil der MieterInnen bestätigte, dass sie mit der Arbeit der Hausbesorgerin vollstens zufrieden sind. Aus der langen Liste der Namen wurden einige MieterInnen auch als ZeugInnen vor Gericht beantragt, damit sie ihre Aussage auch gegenüber dem Gericht nochmals wiederholen und somit einen Eindruck über die Situation in der Anlage geben können. Obwohl die Arbeitgeberseite auch MieterInnen als

Zeugen beantragt hatte, sagten nur ganz wenige bei Gericht negativ gegen die Hausbesorgerin aus, sodass die Richterin schlussendlich das Urteil im Februar 2008 zugunsten Frau S. sprach. Die Hausbesorgerin ist dankbar, dass sie weiterhin ihren Job als Hausbesorgerin ausüben kann. Die MieterInnen sind auch glücklich, da sie es schätzen, dass es noch HausbesorgerInnen gibt.

Räumungsklage. Im zweiten Fall wurde nicht das Dienstverhältnis aufgekündigt, sondern wurde bei Gericht auf Räumung der Dienstwohnung geklagt. Frau M. ist seit 1981 als Hausbesorgerin mit Dienstwohnung beschäftigt. Der Erhalt der Aufkündigung der Dienstwohnung im Juni 2006 war für sie und ihren Mann natürlich ein Schock, da es nie Probleme gegeben hatte. Doch auf einmal sollte sie die Wohnung räumen. Der Arbeitgeber, in diesem Fall die Eigentümergemeinschaft, wollte aber nicht das Hausbesorgerdienstverhältnis aufkündigen, sondern nur die Dienstwohnung, da man anscheinend die Wohnung für andere Zwecke verwenden wollte. Das vida-



Foto: Sylvia Tatra

Anita S.: „Der Beruf hat viele Seiten, echt „Multi-tasking“, um es modern zu sagen. Da geht's nicht nur ums Putzen.

Wir HausbesorgerInnen können eine Menge im sozialen Miteinander im Gemeindebau erreichen.“

Rechtsreferat hat sich erfolgreich für Familie M. eingesetzt und auch diesen Fall, hier sogar in zwei Instanzen, gewonnen. Denn der Arbeitgeber wollte das erstgerichtliche Urteil nicht akzeptieren und legte dagegen das Rechtsmittel der Berufung ein. Aber auch dieses wurde mit Urteil des Oberlandesgerichtes Wien vom April 2008 abgewiesen. Denn im Falle eines Hausbesorgerdienstverhältnisses kann man die Dienstwohnung

nicht unabhängig von einem bestehenden Dienstverhältnis aufkündigen. Frau M. freut sich, dass sie wie bisher weiterhin als Hausbesorgerin in der Wohnung, in der sie seit Jahrzehnten lebt, bleiben und weiterarbeiten kann. Da sie bereits 57 Jahre ist, hatte sie große Sorgen, dass sie den Arbeitsplatz womöglich verliert und mit dem Alter keinen anderen Job mehr findet.

canan.aytekin-yildirim@vida.at

Info



Das **Hausbesorgergesetz** ist im Jahr 2000 ersatzlos gestrichen worden. Das bedeutet, dass der Liegenschaftseigentümer nach Beendigung eines Dienstverhältnisses mit einem Hausbesorger, sei es durch Pension oder Kündigung, nach dem Jahr 2000 nicht mehr die Möglichkeit hat, einen Hausbesorger anzustellen. Er hat die Alternative, entweder die Tätigkeiten selbst vorzunehmen, einen Werkvertrag abzuschließen oder letztendlich eine Reinigungsfirma zu beauftragen.

Gastgewerbe: Wie geht's der Jugend?

Die vida-Jugend hat dazu im Frühjahr eine österreichweite Umfrage unter den Lehrlingen im Hotel- und Gastgewerbe durchgeführt, mehr als 2.500 Lehrlinge haben mitgemacht. Obwohl für Lehrlinge unter 18 Jahren Überstundenarbeit verboten ist, leisten drei Viertel der unter 18-Jährigen regelmäßig Überstunden. Auch die Einhaltung der Abend- und Nachruhe wird oft missachtet. Selbst bei den unter 16-Jährigen, die laut Gesetz maximal bis 20 Uhr arbeiten dürfen, muss beinahe ein Drittel fallweise länger als bis 23 Uhr arbeiten. Auffallend noch: Weibliche Lehrlinge werden besonders häufig als „Mädchen für alles“ zu berufsfremden Hilfstätigkeiten eingeteilt, männliche Lehrlinge müssen aber häufiger Überstunden und Sonntagsarbeit leisten.



Webtipp

Details zur Umfrage gibt es in der Oktober-Ausgabe der vida-Zeitschrift sowie in Kürze auf www.vidajugend.at



Recht

Unsaubere Abrechnung

Nach Intervention von vida zahlte Betrieb innerhalb kürzester Zeit 3.078 Euro nach.

Zweieinhalb Jahre war Anton Gruber* in einer Reinigungsfirma in Graz beschäftigt. Nach seiner Kündigung wandte er sich Hilfe suchend an die Gewerkschaft. Denn bei der Abrechnung – so argwöhnte er – konnte etwas nicht stimmen.

Hoher Fehlbetrag. Juristin Sabine Kahr von der vida-Steiermark überprüfte daraufhin sämtliche Überstunden- und Lohnabrechnungen der letzten zweieinhalb Jahre. Und stellte einen Fehlbetrag von 3.078 Euro fest, um den sich die Firma zu ihren Gunsten „verrechnet“ hatte.

Urlaubstage. Herr Gruber hatte nie einen Urlaubsschein unterschrieben. Trotzdem wurden ihm – wie es bedauerlicher Weise die Praxis in vielen Reinigungsfirmen ist – Urlaubstage in Abzug gebracht. Immer dann, wenn dem Kollegen keine

Arbeit zugeteilt werden konnte, wurden ihm diese Tage vom Urlaub abgezogen. Somit standen ihm, laut Endabrechnung, keine restlichen Urlaubstage mehr zu. Auch die in den Wintermonaten geleisteten Mehr- bzw. Überstunden wurden nicht als Winterdienststunden verrechnet. Seit Beginn des Dienstverhältnisses hatte die Firma 292 Stunden unter den Tisch fallen lassen. Auch diese forderte Sabine Kahr in mehreren Schreiben und zahlreichen hitzigen Telefonaten mit dem Vorgesetzten von Herrn Gruber nach.

Recht bekommen. Der Fall zeigt wieder, wie wichtig eine Ge-

werkschaftsmitgliedschaft ist. Denn Recht haben heißt nicht automatisch Recht bekommen. Durch die Intervention der Gewerkschaft wurden die vorenthaltenen Ansprüche innerhalb von nur 18 Tagen nachbezahlt – und zwar in voller Höhe, ohne dass dafür ein zeit- und kostenintensives Rechtsverfahren nötig war. So wie in diesem Fall gelingt es den GewerkschafterInnen häufig, durch Kontaktaufnahme und Verhandlung mit dem Betrieb ArbeitnehmerInnen unbürokratisch und rasch zu ihren Rechten zu verhelfen.

sabine.kahr@vida.at

* Name von der Redaktion geändert.

Gewinnspiel

Übelsetzungen

Urlaub kann die Hölle sein. Manche Situationen in fremden Ländern stellen einen vor schwer lösbare Probleme. „Die Beitretung zu der Toilette ist für jedes Gebrauch, einem einzeln Person eingewilligt.“ Quartier in einer „Ferienwohnung“ oder doch lieber im Hotel mit „Schauderterasse“? Dabei könnte Urlaub so schön sein, wenn nicht ständig Schilder, die vor allerlei Gefahren warnen, den Weg unbedarfter Touristen kreuzen würden: „Vor dem verlorren oder ich führe vom Schlüssel des Zimmers, um zu Empfang für ihre Änderung dringend zu informieren, irre.“

Langenscheidt präsentiert in diesem Büchlein witzige Sprachpannen aus aller Welt, die auf großen Farbfotos dokumentiert sind. Über 100 deutsche und englische Übelsetzungs-Highlights auf Schildern, in Speisekarten, Rezepten, Gebrauchsanweisungen, Prospekten, Waschanleitungen, etc. aus der ganzen Welt. Kommentiert werden die Sprachpannen in scharfsinnigen Texten vom Journalisten der Süddeutschen Zeitung Titus Arn. Ein amüsantes Buch, das für ein völlig ruiniertes Augen-Makeup und einen heftigen Bauchmuskelerkater sorgt.

sylvia.tatra@vida.at



Würste der Hölle – Übelsetzungen

Neue Sprachpannen aus aller Welt. Preis: € 10,30
ISBN: 978-3-468-29850-9
www.langenscheidt.at

Gewinnspiel

Wir verlosen drei Exemplare von „Würste der Hölle“ unter den vida-LeserInnen, die uns folgende Frage beantworten können: **Was heißt „Gewerkschaftsmitglied“ auf Englisch?**

Antworten an vida/Pressereferat
Kennwort: „Würste der Hölle“
Margaretenstraße 166
A-1050 Wien

Einsendeschluss:
30. September 2008.
Die GewinnerInnen finden Sie ab 10. Oktober auf www.vida.at



Menschen bei vida

Michaela Feik

„Es ist schön, helfen zu können.“

Michaela Feik ist seit Mai dieses Jahres als Sekretärin in den Bundesfachgruppen Soziale Dienste und Gesundheits-, Heil- und Pflegeberufe tätig. Erste Gewerkschaftserfahrung sammelte Michaela Feik in der (damaligen) Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr (HTV), wo sie im Jahr 2001 als administrative Mitarbeiterin in der Bundessektion Verkehr begann. Danach trat sie in der Gewerkschaft vida eineinhalb Jahre lang als Frauensekretärin die Interessen der Kolleginnen aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen.

Der berufliche Alltag...

Einer der wichtigsten Bereiche meiner Arbeit liegt in der steten Kontaktpflege zu den BetriebsrätInnen der genannten Fachgruppen. Ich unterstütze sie in ihrer täglichen Arbeit und helfe ihnen bei der Organisation von Betriebsratswahlen, bei der Betreuung der Mitglieder und mache Arbeitsrechtsberatungen für den Raum Wien. Bei letzterem habe ich auch viel persönlichen Kontakt mit



Foto: Alexandra Kromus

den Mitgliedern, und das ist es auch, was meine Arbeit so interessant und abwechslungsreich macht.

Was mir wichtig ist ...

Mir ist es ein Anliegen, direkt mit Menschen im Kontakt zu sein. In meiner Beratungstätigkeit möchte ich mir die Zeit nehmen, mein Gegenüber kennen und seine oder ihre persönlichen Probleme, Sichtweisen und Bedürfnisse verstehen zu lernen. Diese anzunehmen und bei der gemeinsamen Erarbeitung einer individuellen Lösung zu achten, ist für mich unabdingbar.

Was ich gerne mache ...

Ich versuche viel Zeit mit meiner Familie und meinem Partner zu verbringen. Da ich alles Schöne und Gute in und aus der Natur liebe, zählen Gartenarbeit und Wandern zu meinen Hobbies. Ich entdecke auch gern fremde Länder, esse gern gut und treffe mich sehr gerne mit meinen FreundInnen, wenn ich Zeit dazu habe.

michaela.feik@vida.at



www.obbl.at

Freie Gärten

In der vida-Mitgliederszeitung erfahren Sie aus erster Hand von den freien Gärten der Bundesbahn-Landwirtschaft. Ihre Bewerbungen richten Sie bitte schriftlich unter Angabe ihrer Telefon- und Mitgliedsnummer an die angegebenen Vergabestellen:

BBL-REGION OST

St. Pölten: Ablösefreier Garten (130 m²), Garten (187 m²) sowie Garten (2002 m²), alle im 1. oder 2. Zusatzvertrag.

Stockerau: Garten (440 m²) im 1. oder 2. Zusatzvertrag, mit Holzgartenhütte (20 m²), Wasser- und Stromanschluss, keine Senkgrube.

Süßenbrunn Leopoldau: Garten (246 m²) im 1. oder 2. Zusatzvertrag, in Wien 22, Anlage Bf Süßenbrunn, kleines Gartenhaus, Stromanschluss, Brunnen und Senkgrube.

Meidling Strecke: Garten (433 m²) in Wien 23, Franz-Egermaier-Weg, mit Gartenhaus und Wasseranschluss.

Süßenbrunn Leopoldau: Garten (860 m²) in Wien 21, „Alte Leopoldauer Schleife“, kl. Gartenhaus, Strom, Brunnen und Senkgrube. **Garten (420 m²)** in Wien 21, „Alte Leopoldauer Schleife“, saniierungsbedürftiges Gartenhaus, Strom, Brunnen und Senkgrube. Für beide Gärten gelten besondere Übernahmbedingungen wegen eines Straßenbauprojektes!

Wien West: Garten (300 m²) beim Personenbf. Penzing mit kleiner Hütte.

Ausschließlich schriftliche Bewerbungen unter Angabe einer Bediensteten- und Telefonnummer:

BBL-Region Ost
Althanstraße 14
1090 Wien

BBL-REGION MITTE:

St. Valentin: Garten (285 m²) im 1. oder 2. Zusatzvertrag, Stellwerk 6, mit Gartenhütte, Wasser- und Stromanschluss.

Steyr: Garten (160 m²) im 1. oder 2. Zusatzvertrag in der Anlage Sarning, mit Gartenhütte und Wasseranschluss, Stromanschluss möglich.

Linz: Bulgariplatz, zwei freie Gärten im 1. oder 2. Zusatzvertrag.

Ried/Innkreis: Garten (137 m²) im Bereich Bf Ried, ablösefrei.

Kleinreifling: Garten (428 m²) im Bereich Bf Ried, ablösefrei.

Oftring: Garten (200 m²) in Leonding, Steinkellnerstraße, mit Gartenhütte und Gemeinschaftsbrunnen. **Garten (200 m²)** in Leonding, Steinkellnerstraße, mit Gartenhütte und Gemeinschaftsbrunnen.

Ausschließlich schriftliche Bewerbungen unter Angabe einer Bediensteten- und Telefonnummer:

BBL-Region Mitte
Wiener Straße 2d
4020 Linz

BBL-REGION WEST:

Saalfelden: Laufend freie Gärten im 2. Zusatzvertrag (langfristige Nutzungsmöglichkeit).

Ausschließlich schriftliche Bewerbungen unter Angabe einer Bediensteten- und Telefonnummer:

BBL-Region West
Egger-Lienz Straße 1/II
6020 Innsbruck

BBL-REGION SÜD:

Klagenfurt I: Garten (110 m²) in der Anlage St. Ruprecht/Klagenfurt mit Gartenhütte, ohne Anschlüsse.

Garten (220 m²) in Klagenfurt, Anlage Südring, mit gut erhaltener Gartenhütte und Schlagbrunnen.

Graz Hbf.: Garten (340 m²) in der Anlage Gratwein Au 2 mit Gartenhütte (24 m², Keller 6 m²), Stromanschluss und Wasserleitung (mit Wasseruhr).

Knittelfeld: Garten (280 m²) mit Gartenhütte und Wasseranschluss. Ablösefreies Grundstück ohne Baulichkeit, neu zu gestaltender Garten.

Bruck/Mur: Garten (640 m²) in der Anlage Frachtenbahnhof mit Gartenhaus, überdachter Laube, Solaranlage, Wasseranschluss, Pool.

Ausschließlich schriftliche Bewerbungen unter Angabe einer Bediensteten- und Telefonnummer

BBL-Region Süd
Steinwenderstraße 4
9500 Villach

ACHTUNG: „Im 2. Zusatzvertrag“ bedeutet langfristige Nutzungsmöglichkeiten.



Webtipp

Freie Gärten finden Sie auch topaktuell im Internet: www.obbl.at

Foto: photos.com